

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Pf. Reklamen 20 Pf. Offertengelder und Auskunftsverteilung 20 Pf. — Beilagen pro Tausend 15 Mark. — Bei zwangsweiser Verbreitung oder Konturs in jeder Hinsicht hinfällig. — Wagnisverteilung unverbindlich.

Brühler Lokalanzeiger — Brühler Stadtanzeiger — Brühler Volkszeitung

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 2108

Bezugspreis Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 RM. einschl. Trägerlohn. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Störungen infolge höherer Gewalt oder Ausstände rechtfertigen keine Ergänzungspreise.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 86

Donnerstag, 14. April 1932

35. Jahrgang

Der Bund zwischen Sakenkrenz und Gornjstern

Sakenkrenz und Gornjstern haben sich beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ganz offen verbündet. Und diese Tatsache wird nunmehr, nachdem man sie anfänglich haben und drüber zu verschweigen suchte, offen zugegeben.

Dieser Bund zwischen Rechts- und Linksradikalismus ist für alle diejenigen, die die Entwicklung der letzten Monate und Wochen mit offenen Augen miterlebt haben, gar keine Überraschung. Er ergibt sich ganz logisch aus dem revolutionären Grundcharakter der beiden Gruppen. Planmäßig und konsequent ist dabei freilich nur der Nationalsozialismus. Der Kommunismus aber ist in seinem Glauben an Moskau irre geworden, und sein revolutionärer Drang entläßt sich jetzt dadurch, daß er beim Radikalismus auf der anderen Seite Anlehnung sucht. Die „Welt“-Revolution a la Moskau wird zunächst in den Eisengarten gestellt und dafür sucht man sich irgendwo revolutionär zu betätigen. Nur wissen die Kommunisten nicht recht, für wen und für was sie revolutionieren sollen. Da haben sie es eben, nachdem sie sich beim Bolschewismus enttäuscht fühlten, einmal mit dem Nationalsozialismus versucht. Die kommunistischen Blätter geben das ganz offen zu. Die „Welt am Abend“ (Nr. 84 vom 11. April 1932) sucht die Ursache dieses Absehens von Kommunisten zu den Nationalsozialisten zu begründen mit ihrer „revolutionären Ugebild“, weil sie sich, wie dieses Kommunistenblatt freilich hinzufügt, der „richtigen Meinung“ hingegeben hätten, „die Entscheidung dadurch rascher herbeiführen zu können“, und weil sie dem „verhängnisvollen Glauben“ huldigten, „durch die Stimmenabgabe für Hitler die große Auseinandersetzung mit dem Faschismus beschleunigen zu können.“

Zu übrigen ist es äußerst bemerkenswert, daß fast alle Rechtsblätter, namentlich die der Hugenbergrichtung und auch die deutschnationalen Pressekorrespondenz selber ausdrücklich die Stimmenabgabe zahlreicher Kommunisten für Hitler beklagen. Ja, man hat den Eindruck, als wenn von dieser deutschnationalen Seite mit geistlicher Absicht diese Feststellungen gemacht wurden. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die der Deutschen Volkspartei nahesteht, wird die Abwanderung von Kommunisten zu den Nationalsozialisten mit 500- bis 700 000 angegeben. Sehr sorgfältige Nachprüfungen der einzelnen Resultate, namentlich aus den Großstädten, lassen die Berechtigung und begründete Annahme zu, daß zum mindesten 400- bis 500 000 Kommunisten zu Hitler übergegangen sind.

Im „Vorwärts“ werden insbesondere die Ergebnisse aus den sogenannten kommunistischen „Hochburgen“ festgestellt. Es handelt sich dabei vor allem um die sehr kritischen Bezirke Halle-Merseburg und Chemnitz-Zwickau. In Halle-Merseburg hat am 10. April Thälmann 165 000 von 822 000 Stimmen, das heißt rund 20 Prozent, in Chemnitz-Zwickau 178 000 von 1 180 000, das heißt rd. 15 Prozent erhalten. In diese Feststellungen knüpft der „Vorwärts“ (Nr. 169) vom 11. April folgende Bemerkungen:

„In Halle-Merseburg mutierten die Kommunisten gerade noch ein Fünftel, in Chemnitz-Zwickau noch nicht ein Sechstel der Gesamtbevölkerung. Dagegen erhielt Hitler in Halle-Merseburg mehr als das Doppelte der Thälmannstimmen, in Chemnitz-Zwickau mehr als das Dreifache der Thälmannstimmen. — Der einzige Erfolg der jahrzehntelangen kommunistischen Wählerlei in diesen beiden Wahlkreisen ist also gewesen, daß sie für den Faschismus die Bahn freigemacht haben. Eine Lehre.“

Ob dieses Zusammenspiel zwischen Links- und Rechtsrevolutionären nicht doch vielen nun die Augen öffnen wird?

Nordirland gegen Anschließung an den irischen Freistaat

Ul London, 13. April. Der Arbeitsminister von Ulster hat eine Erklärung abgegeben, daß Nordirland keineswegs bereit sei, sich dem irischen Freistaat anzuschließen und sich damit der Valera zu unterwerfen. Es sei Englands Pflicht, Nordirland vor den Auswirkungen der jüdischen de Valeras zu schützen.

SA- und SS-Formationen der NSDAP verboten

Keine Privatarmee, sondern der Staat hält mit fester Hand Recht und Gesetz aufrecht

Ul Berlin, 13. April. Die mehrstündigen Beratungen des Reichskabinetts endeten am Mittwochmittag mit dem Beschluß einer Notverordnung, durch die die nationalsozialistischen Formationen SA und SS mit Wirkung vom heutigen Tage verboten werden. Die Notverordnung sowie eine Begründung der Reichsregierung wird noch heute der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die amtliche Begründung für das Verbot der SA und SS.

Ul Berlin, 13. April. Amtlich wird mitgeteilt:

„Die Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und sonstigen militärischen Organisationen der NSDAP sind heute durch eine Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung aufgelöst worden. Die Reichsregierung hat dem Reichspräsidenten diese Maßnahme einstimmig empfohlen.“

Die Auflösung dieser Organisationen ist gemäß den Grundgesetzen des staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ruhe aufrecht zu erhalten und die Staatsautorität vor weiterer schwerer Beeinträchtigung zu bewahren.

Die genannten Organisationen sind, wie bekannt, in allen äußeren Dingen bis in Kleinigkeiten den militärischen Organisationen nachgebildet. Sie stellen ein Privatheer dar, ein Parteicheer, wenn auch zum Teil unbewaffnet. Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgewandtheit zum Teil mit tafernenmäßiger Unterbringung in Aktionsgruppen gegliedert, die wie militärische oder polizeiliche Mannschaften auftreten können und ausgetreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewalttätigkeiten durchführen, und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwanges stellen.

Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Staate bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze der Gesetze ihrer Beschäftigung nachgeht. Es ist ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten. Sobald eine solche Macht von privater Seite organisiert wird, und der Staat dies duldet, besteht bereits Gefahr für Ruhe und Ordnung. Die ruhigen Bevölkerungsteile können eine solche naturgemäß einseitig und parteimäßig aufgestellte Organisation nicht ertragen. Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Bei einer solchen Entwicklung würde der Staat die Achtung, die er für seine verfassungsmäßigen Einrichtungen, insbesondere für Militär- und Polizei fordern muß, verlieren.

Nun sind von den Führern der aufgelösten Organisationen Legitimitätsentwürfe abgegeben worden. Selbst wenn solche Entwürfe völlig ernst gemeint sind und hinter ihnen der Wille steht, an der Gesetzmäßigkeit festzuhalten, so ist doch unzweifelhaft, daß in einem Rechtsstaat die Gewalt lediglich bei den verfassungsmäßigen Organen des Staates selbst organisiert sein darf. Jede private Gewaltorganisation kann deshalb ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein. Es besteht auch die Gefahr, daß eine solche nach allen ihren Einrichtungen und Vorschriften auf dem Kampf im Innern eingestellte Organisation eines Tages die Partei selbst in die Illegalität hineinreißen würde. Die Führer dieses Privatheeres müssen gerade in dem Bestreben, militärisch zu arbeiten und hierbei besonderes zu leisten, die Partei notwendigerweise mit der Staatsführung und den Machtmitteln des Staates in Konflikt bringen. Davon abgesehen waren bei den aufgelösten Organisationen zahlreiche schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten und Verstoße festzustellen. Diese haben größte Beunruhigung in weite Kreise getragen. Polizeiliche und gerichtliche Stellen sind mit der Prüfung von umfangreichem Material befaßt. Der Ausgang dieser Verfahren braucht aber nicht abgewartet zu werden, da die Auflösung

der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolgt und von dem Ergebnis der Untersuchung, ob und in welchem Umfange strafbare Handlungen einzelner begangen worden sind, völlig unabhängig ist.

Die Maßnahme der Auflösung dient der Staatserhaltung selbst. Sie entspricht einer streng überparteilichen nach allen Seiten gleiches Maß anwendenden Einstellung der Reichsregierung. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst.

Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Auch der Rote Frontkämpferbund ist im Jahre 1929 der Auflösung verfallen, weil er eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung geworden war.

Wenn der Staat seine oberste Autorität als Hüter des Gesetzes, als Schlichter friedlicher Staatsbürger vernachlässigt, so ist er in Gefahr, der Anarchie zu verfallen. Dieser ernste Gesichtspunkt verdient in der gegenwärtigen Notzeit höchste Beachtung. Wir müssen in den kommenden Monaten gegen die Wirtschaftsnöte mit tatkräftigen Mitteln angehen. Wir müssen in schicksalhaften außenpolitischen Verhandlungen um Lebensrecht und Freiheit kämpfen. Die erste Bedingung für das Gelingen der Rettungsaktion ist das Vertrauen des deutschen Volkes in die Festigkeit seiner staatlichen Verhältnisse.

Das deutsche Volk lebt unter einer freiheitlichen Verfassung. Freiheit kann aber nicht geübt werden ohne Ordnung. Im Interesse der Ordnung muß volle Klarheit darüber geschaffen

werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrecht erhält.

Die Reichsregierung weiß sich in ihrer Aufassung der Lage mit einer großen Mehrzahl der Länderregierungen einig. Sie ist fest entschlossen, auch in Zukunft gegen jeden Versuch, einen Staat im Staate zu bilden, ohne Ansehen der Person und der Partei, mit allen Machtmitteln des Staates rücksichtslos einzuschreiten.

Die Auflösung der militärischen Organisationen der NSDAP soll nach den Anweisungen des Reichsministers des Innern ohne Härte durchgeführt werden. Die NSDAP selbst wird durch die Verordnung nicht berührt. Ihr steht im Rahmen der Gesetze die gleiche Betätigungsfreiheit zu, wie allen anderen Parteien.

Über allen Parteien aber steht das deutsche Vaterland. Seinem Wohl zu dienen ist der oberste Grundsatz des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

SA- und SS-Heime und Büros werden polizeilich geschlossen

Ul Berlin, 13. April. Kurz nach der Veröffentlichung des Verbotes der SA und SS am Mittwochmittag begann die polizeiliche Schließung sämtlicher SA- und SS-Heime sowie der Büros dieser Organisationen. In allen diesen Räumen erschienen starke Polizeikommandos, die Durchsuchungen vornahmen und alles vorgefundene schriftliche Material einschließlich der Karteien beschlagnahmten.

Auch aus anderen Teilen des Reiches wird gemeldet, daß dort die Polizei die gleichen Maßnahmen durchgeführt hat.

Brüning und Gröner beim Reichspräsidenten

Ul Berlin, 13. April. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch zu gemeinsamem Vortrag den Reichskanzler Dr. Brüning und den Reichsminister Gröner.

Ul Berlin, 13. April. Der Reichskanzler hat seine Absicht, noch am Mittwoch nach Genf zu reisen, geändert. Er wird Berlin erst am Donnerstag verlassen.

Arbeitsbeschaffung — Arbeitszeitkürzung — Gegen Lohnabbau

Der Krisenkongreß

der Gewerkschaften

Anstelle des Reichskanzlers

spricht Stegerwald

Ul Berlin, 13. April. Der außerordentliche Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, der sogenannte Krisenkongreß, wurde am Mittwochvormittag in Gegenwart mehrerer hundert Gewerkschaftsabgeordneter im Sitzungssaal des Reichstages mit einer Ansprache des Bundesvorsitzenden Theodor Leipart eröffnet. Der Kundgebung wohnten u. a. der preußische Ministerpräsident Brauns, die Reichsminister Stegerwald und Warmbold, Reichstagspräsident Loebe und die preußischen Minister Klepper, Severing und Hirtfelder, sowie der Präsident des Reichsstädtetages, Muelert, bei.

Leipart teilte einleitend mit, daß der Reichskanzler leider verhindert sei, an der Tagung teilzunehmen. Anstelle des Kanzlers wird der Reichsarbeitsminister Stegerwald sprechen. Der Redner wies dann auf die Tatsache hin, daß es in Deutschland 6 Millionen Arbeitslose gebe und meinte, die verantwortlichen Stellen verhielten sich gegenüber dieser, unter ihnen wie außenpolitischen Gesichtspunkten brennendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müßten die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben. Die Überwindung der Krise sei so schwer, weil sie zugleich eine wirtschaftliche und politische sei, weil die drückende Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens zwischen den Vätern und die sozialen und politischen Spannungen innerhalb der einzelnen Völker das Aufkommen eines, auf Stillehet der Verhältnisse gegründeten Vertrauens erschwere,

daß die Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft sei. Die aktive Förderung internationaler Maßnahmen zur Einberung und Behebung der Arbeitslosigkeit, deren Durchführung nur langsam zu überwindenden Schwierigkeiten begegne, entbehe aber die Reichsregierung und alle Stellen die mit Verantwortungsbezug auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeiten, nicht von der Verpflichtung, auch im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitik die Arbeitsbeschaffung anzubahnen.

Leipart verwies dann auf die Tagung des Bundesausschusses des ADGB im Februar ds. Js., der zu dem Schluß gekommen sei, daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindbaren Hindernisse entgegen ständen, wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank, und die übrigen verantwortlichen Körperschaften, an der großen Aufgabe zusammenwirkten. Nichts sei trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch systematische gezielte Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitszeit seien aber untrennbar verbunden. Der Umfang der Arbeitslosigkeit sei mit jedem Angriff auf die Löhne gewachsen. Die zwangsweise Senkung der Preise habe nicht Schritt gehalten mit der Senkung der Löhne. Trotzdem seien zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt worden, um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Der Kongreß erhebe entschieden Protest gegen die widersinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen müsse. Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen dürfe die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Finanzgründung der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung sei unter innen- und außenpoliti-

rtoffeln

Butterzufuhr.

herzuführen haben

erreicht. Bis zum

eine Verstärkung

elen. Das inländi-

den deutschen Be-

r, als sich im Ge-

Umstände im Klein-

Das Inte-

egten. Als Ertrag

größtenteils gleich-

alität hat Deutsch-

ter herangezogen.

veränderten Prei-

er Notierungskom-

acht und Gebinde

den Zentner um

1. Sorte auf 113

für abfallende Wa-

atigen Produkten-

affenheit 240 M.

.) für 100 kg Er-

ohne Verpackung.

e Eier: frische Eier

65 g 6 1/2—6 3/4,

g 5 1/2—6, E 50

empfehle, Sonderk.

g 5 1/2—6, B 55

4,9 g 5—5 1/4, Kei-

Auslandsener: Pol-

se verstehen sich in

Produktenbörse notier-

ndustrie-Kartoffeln 1a

lange gelbe (Wie-

nd pflanzliche Indus-

reise für 50 kg bei

kg, lose verladen,

n.)

de r, Brühl.

Brühler Zeitung

ombS. Brühl.

Strümpfe,

orthemden,

ühl,

raße 44

ELDI

UNG

ort

rtisangerin

K-DIETZ

14. April 1932

us Belvedere

ben freien Ein-

nung 7.15 Uhr.

g. 5 Räume

vermieten.

Brühl, Nöstr. 75.

Interhaus

heiß, nur vom Eigen-

ner bewohnten Hause

neuenov. Unterhaus

3 schöne Zimmer

che, Eindr. Toilette,

schöne, bald od. spät.

an ruh. bef. Leute

vermieten.

Ul Weber, Nöstr. 127

große Mans.-Zimmer

n 1.5. 32 an ruh. Leute

in liebsten Lokallos zu

ermiet. Schönbornberg,

Gustavstr. 31.

Zweitmädchen

it Nähtenmüssen und

in Beugnissen zum 1.5.

ucht.

quante-Victoriastraße 8.

ehrer 1000 Ziegelst.

st neu) zu verkaufen.

Bergerstraße 152

(früher Glasbütte).

Eintagsküken

weil. Vögeln, Rhein-

nd. rebubini. Italiener.

Tag alle Küken und

umgebühren zu verlauf.

und werd. Eier i. Lohn-

gut genommen.

Brau Gessner, Schwab-

orf, Seidenerweg 13.

sehen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik.

Leipziger erklärte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen u. a. noch: Die Gewerkschaften stellen vor aller Welt die Frage:

Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der ernstgemeinten Befriedung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch der arbeitslosen Arbeiter, der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen? Kann also Frankreich im Ernst die Forderungen für seine weber wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet, zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung und des politischen Radikalismus zu begegnen?

Nach der Verlesung eines Schreibens des Reichsfinanzministers, in dem Dr. Brüning sein Bedauern darüber ausdrückt, daß er wegen dringender Dienstgeschäfte nicht sprechen könne, nahm Reichsarbeitsminister Siegelwald für die Reichsregierung das Wort. Er erklärte u. a. über die Entwicklung der Gesamtlage Deutschlands im Jahre 1932, lasse sich mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß einmal die deutsche Ausfuhr mit vergrößerten Schwierigkeiten zu kämpfen haben dürfte, im Vergleich zu 1931. Die Arbeitslosigkeit würde also von der Ausfuhrseite her gesehen eher zu- als abnehmen. Zum anderen dürfte der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Frühjahrs- und Sommermonaten des Jahres 1932 geringer sein, als in den vorausgegangenen Jahren, was mit den Kreditverhältnissen zusammenhängen. Daneben gebe es noch drei große Unsicherheitsfaktoren, die für die deutsche und für die internationale Wirtschaftsentwicklung von größter Bedeutung seien. Es handle sich dabei um die Frage, wie die im Juni 1932 in Aussicht genommene Reparationskonferenz enden werde, und wann infolgedessen der Wendepunkt der Weltwirtschaftsreise zu erwarten sei, ob in der zweiten Hälfte des Jahres 1932, wie man in England und Amerika annehme, oder aber erst im Laufe des Jahres 1933. Als weiterer Unsicherheitsfaktor spiele die Frage eine Rolle, wann eine größere innerpolitische Beruhigung zu erreichen sein werde. Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen sei dabei entscheidend.

Die Ursachen der Wirtschaftsschrumpfung im Innern lägen nur zum Teil in der Lohnkürzung. Amerika und England hätten bei ihrer Lohnpolitik und bei der Bilanzierung der öffentlichen Haushalte die gleichen Schwierigkeiten wie Deutschland.

Bei der öffentlichen Hand seien in den letzten zwei Jahren an Gehältern, Pensionen und Arbeiterlöhnen im Interesse des Haushaltsausgleichs und damit der Erhaltung der Währungsstützen in Höhe von etwa zweieinhalb Milliarden RM erfolgt. Rückwirkungen auf die Privatwirtschaft seien unvermeidlich gewesen. Das trotz der großen Entlastungen und Geldbrüche und trotz der Tatsache, daß 20—30 andere Länder in den Währungsverfall hineingefallen seien, die deutsche Währung gehalten worden sei, sei ein Erfolg der Regierungspolitik, wie er nicht größer habe erwartet werden können. Demgegenüber seien die Lohnkürzungen und die Kürzungen der Sozialleistungen Fragen zweiter Ordnung.

Sichtlich der Arbeitsbeschaffung bestes Übereinstimmung darüber, daß es in Deutschland noch reichlich Arbeitsmöglichkeiten gebe. Die Streitfrage sei lediglich, wie die Mittel für eine Arbeitsbeschaffung großen Stils aufgebracht werden könnten. Mit dem Preise der Inflation dürfe die Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand keinesfalls erkauft werden. Wenn der Schrumpfungseffekt der deutschen Wirtschaft in der nächsten Zeit wenigstens zum Stillstand gebracht werden solle, dann müsse zusätzliche Arbeit geschaffen werden. Daneben werde man bei Arbeiten, die der Geldschwierigkeit wegen sonst noch Jahre lang hinausgezögert werden müßten, auch den freiwilligen Arbeitsdienst erweitern müssen.

An der Spitze dessen, was die Reichsregierung für die Arbeitsbeschaffung beabsichtige, gehe die verstärkte Förderung der ländlichen Siedlung und die Fortsetzung der städtischen Vorraum-Siedlung.

Wenn man die wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben des Jahres 1932 ihrer Wichtigkeit nach einordnen wolle, so ergebe sich folgende Reihenfolge:

1. Die Betriebe, die Aufträge haben, müssen unter allen Umständen mit Krediten zu einem erträglichen Zinssfuß versorgt werden.
2. Die Haushalte der öffentlichen Hand müssen unbedingt ins Gleichgewicht gebracht werden, weil das
3. die Voraussetzung ist für die Erhaltung der Währung, an der im Jahre 1932 ebenso wenig wie im Jahre 1931 gerüttelt werden darf.
4. Was dann noch ohne Gefährdung der Währung zur Bekämpfung der Wirtschaftsschrumpfung und zur Belebung der Wirtschaft geschehen kann, wird und muß geschehen. Dabei müssen wir uns alle klar sein, daß wir mit dem Jahre 1932 noch ein schweres Jahr vor uns haben. In diesem Jahre dürfen wir trotz aller Beschränkungen nicht schlapp machen, weil es im Jahre 1932 um die deutsche Zukunft geht.
5. Die bisherige abwartende Haltung der Regierung gegenüber der Frage der Arbeitsbeschaffung werde in diesem Jahre nicht beibehalten werden können. Diese Frage werde schon in nächster Zeit mit den Spitzenverbänden der

Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu besprechen sein.

Wenn sich dabei eine Einigung nicht erzielen lasse, so werde nichts anderes übrig bleiben, als eine Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Notverordnung. Eine allgemeine Senkung der Löhne, wie man sie in breiten Arbeitnehmerkreisen befürchte, komme nicht in Frage. Allerdings seien in einzelnen Gewerben und in einzelnen Gegenden noch Angleichungen erforderlich.

Die Vulkanausbrüche lassen nach — Bisher keine Menschenverluste

El Buenos Aires, 13. April. Es hat sich herausgestellt, daß in Mendoza, das bereits einmal von einem Erdbeben vollständig zerstört worden ist, kein Schaden angerichtet wurde. Es wurden nur die Erdstöße und keines unterirdischen Donnerrollen vernommen, die dort stets beobachtet werden, wenn irgendwo im langen Zuge der Anden Ausbrüche auftreten. Außerdem ging sehr starker Aschenregen aus südwestlicher Richtung nieder. Die argentinischen Fliegerabteilungen, die zur Erkundung in die Anden entsandt worden waren, konnten wegen des heftigen Sturmes ihre Aufgabe nicht lösen, haben aber festgestellt, daß sich tatsächlich eine große Anzahl erloschener und halberloschener Vulkane in voller Tätigkeit befinden. Diese scheinen aber meist auf unbewohnten Gebieten zu liegen. In Buenos Aires wurden Dämmerungserscheinungen wahrgenommen und es fiel ein feiner Aschenregen, der 1400 Kilometer weit herbeigeleitet worden war. Da die meisten Verbindungen in die Berggegenden, die an sich schon sehr schwierig sind, unterbrochen wurden, ist es

Nach der Rede Stegerwalds beschloß der Kongress, der gleichzeitig als 5. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes durchgeführt wird, die Abstimmung eines Telegramms, an die Internationale Arbeitskonferenz in Genf. Darin wird der beschleunigte Abschluß eines internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung der Arbeitslosennot und zur Einführung der 40-Stundenwoche verlangt. Eine längere Aussprache schloß sich an.

möglich, daß die eine oder andere Ortschaft, die fernab vom Verkehr liegt, großen Schaden genommen hat. Die Verbindungen mit Chile sind unterbrochen.

El Buenos Aires, 13. April. In Buenos Aires liegt bis zu neun cm Asche, die von heftigem Sturm aus dem Vulkangebiet herangeführt wurde. Meldungen über Menschenverluste liegen, soweit Argentinien in Frage kommt, bisher nicht vor. Über die Lage in Chile ist hier nichts Näheres bekannt.

El Valparaiso, 13. April. Die Vulkanausbrüche lassen langsam nach. Eisfalte Regengüsse klären die Luft auf und beseitigen die Erstickengefahr. Flugzeuge stellen fest, daß viele Ortschaften verlassen und reiche Ernten vernichtet sind. Die ganze Gegend sieht wie ein Kirchhof aus. Es wird befürchtet, daß viele Menschen abgelegener Ortschaften in der Nähe der Ausbruchgebiete getötet sind.

Entwicklung der Erwerbslosen

1926: 200 Millionen Mark — 1931: 1115 Millionen Mark

Kostenanteil der Gemeinden

Unter der Geltung der Erwerbslosenfürsorge hatten die Gemeinden im Jahre 1926 rund 200 Millionen Mark als Kostenanteil aufzubringen. Nach Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes nahm man an, daß diese Kosten sich erheblich verringern würden. So war es auch im Jahre 1927, in dem für Wohlfahrtsdienstleistungen etwa 65 Millionen Mark, für Krisenfürsorge 38 Millionen Mark, insgesamt also 103 Millionen Mark aufzubringen waren. Die folgende Entwicklung hat sich jedoch ständig zumungunsten der Gemeinden verwickelt. Die im Jahre 1929 beginnende Wirtschaftskrise und die damit verbundene Dauerarbeitslosigkeit hat eine fortwährende Verschiebung der Lasten von der Versicherung zur Fürsorge hin zur Folge gehabt. Während noch Anfang 1930 die Wohlfahrtsdienstleistungen 14,2 Prozent sämtlicher unterstützten Arbeitslosen ausmachten, waren am 31. Dezember 1930 23,6 Prozent aller unterstützten Arbeitslosen Wohlfahrtsdienstleistungen. Von Januar bis Oktober 1931 hat sich allein der Anteil der Versicherungsunterstützten von 52,3 Prozent auf 25,6 Prozent vermindert, während sich gleichzeitig der Anteil der Krisenunterstützten von 16,6 Prozent auf 29,2 Prozent und die der Wohlfahrtsdienstleistungen von 17,3 Prozent auf 28,6 Prozent und sogar auf 35 Prozent Ende 1931 erhöht hat. Zwischenzeitlich haben sich die Zahlen weiter zumungunsten der Gemeinden verschoben.

Die Aufwendungen der Gemeinden für die Wohlfahrtsdienstleistungen betrugen 1929 230 Millionen Mark, der Anteil an der Krisenfürsorge 40 Millionen Mark, insgesamt 270 Millionen Mark, 1930 für Wohlfahrtsdienstleistungen 500 Millionen Mark und für Krisenfürsorge 105 Millionen Mark, insgesamt also 605 Millionen Mark. Im Jahre 1931 haben sich trotz Einmahnerlässungen und unvollständiger Reichshilfe diese Beträge verdoppelt. Für Wohlfahrtsdienstleistungen wurden rund 925 Millionen Mark, als Krisenfürsorge 190 Millionen Mark, insgesamt also 1115 Millionen Mark aufgewandt.

Aus diesen Zahlen allein ergibt sich die unerläßliche Notwendigkeit einer alsbaldigen Entlastung der Gemeinden von diesen steigenden Lasten.

Die Aufwertungshypotheken in Preußen

Ihr Bestand Ende Juni 1931: 54 Milliarden eingetragenen — nur 0,9 Milliarden gelöst.

Bei Beratung der Aufwertungsnovelle vom 18. Juli 1930 wurde ein Betrag von rund 6 Milliarden Mark, bei den Aufwertungshypotheken im ganzen Reich geschätzt. Das Institut für Konjunkturforschung bezifferte Anfang 1931 für das gesamte Reich den Betrag auf 7,5—8,5 Milliarden Mark. Genaue amtliche Angaben liegen für das Reich nicht vor. Seit dem Jahre 1930 wird in Preußen vierteljährlich eine genaue statistische Erhebung über die aufgewerteten Hypotheken, Grundschulden usw. geführt. Dennoch sind bis Ende Juni 1931 rund 6,3 Milliarden Mark Aufwertungshypotheken eingetragen worden. Davon wurden rund 880 Millionen gelöst, so daß am 1. Juli 1931 noch nicht gelöste Aufwertungshypo-

theken in Höhe von rund 5,43 Milliarden Mark vorhanden waren. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß an den bis zum 1. Juli 1931 im Grundbuch eingetragenen Hypotheken in Höhe von rund 6,3 Milliarden Mark 77,7 Prozent, also rund 4,9 Milliarden Mark in Städten, und 22,8 Prozent mit rund 1,4 Milliarden Mark in ländlichen Bezirken eingetragen waren. Vergleicht man den jetzigen Stand an Aufwertungshypotheken in Preußen mit dem Stand zu Beginn des Jahres 1918, so ergibt sich folgendes Bild: Bis zum Beginn des Jahres 1918 waren für rund 41,3 Milliarden Mark Hypotheken eingetragen gegen rund 6,3 Milliarden Aufwertungshypotheken am 1. Juli 1931.

Die Forderungen, die bisher an Aufwertungshypotheken eingetragen wurden, betrugen rund 14 Prozent in Höhe von 884 Millionen Mark. Davon entfallen auf die Städte 692 Millionen Mark mit rund 78 Prozent und auf das Land 192 Millionen Mark mit rund 22 Prozent. Die Zahl der gelösten Aufwertungshypotheken beträgt 111 129 und besteht zum größeren Teil aus kleinen Hypotheken. Über 58 Prozent der Hypotheken lagen unter 1000 Mark. Bei den ländlichen Hypotheken lagen sogar 70 Prozent unter 1000 Mark.

Von den am 1. Juli 1931 vorhandenen, noch nicht gelösten preussischen Aufwertungshypotheken in Höhe von rund 5,4 Milliarden Mark waren rund 2,4 Milliarden Mark, also rund 44 Prozent sogenannte Institutskredite, die von Banken, Sparkassen, Versicherungen usw. gegeben waren, während rund 3 Milliarden Mark, also rund 56 Prozent aus Privatkrediten herrührten. Mit einem Ziffernmäßigem Gesamtbetrag von rund 1375 Millionen Mark an Aufwertungshypotheken liegt Berlin an der Spitze. Dann folgen Rheinland, Westfalen, Niederschlesien und Provinz Sachsen.

Die jährlichen Zinsbeträge für die Aufwertungshypotheken betrugen bei 5 Prozent gleichlicher Zinsen nach dem Stande vom 1. Juli 1931 271,6 Millionen Mark, davon allein 210 Millionen in den Städten. Am 1. Januar trat bekanntlich die gesetzliche Erhöhung des Zinsbetrages auf 7 1/2 Prozent, ein, die aber infolge der allgemeinen reichsrechtlichen Zinsenkung auf 6 Prozent herabgesetzt wurde. Demgemäß wird die jährliche Zinslast an Aufwertungshypotheken auf rund 326 Millionen Mark beziffert werden können.

Das Neue in Kürze

— In der Berliner Presse wird das Verbot der SA und SS kritisch gewürdigt. Während die Blätter der zur Weimarer Koalition gehörenden Parteien dem Verbot zustimmen, wird in den Zeitungen der Rechtsparteien, scharf dagegen Stellung genommen.

— Der braunschweigische Innenminister Klages veröffentlicht eine Erklärung, in der er im Namen der braunschweigischen Regierung Protest gegen die Auflösung der SA einlegt.

— Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf gestern früh kurz nach 8 Uhr von seiner zweiten Südamerikafahrt über Friedrichshafen ein. Um 8,22 Uhr erfolgte die Landung glatt.

— Von nationalsozialistischer Seite ist gegen Minister Severing in Sachen der einseitigen Verfügung gegen Roste Strafantrag gestellt worden.

— Staatssekretär Stimson wird sofort nach seinem Eintreffen in Genf eine Beratung erzwingen, um die Entscheidung über die amerikanischen Abrüstungsvorschläge herbeizuführen.

— In Brüssel ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den streikenden Bergarbeitern und Militär gekommen, wobei fünf Personen getötet und über 20 verletzt wurden.

— Der italienische Außenminister Grandi wies in einer Rede im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz die Unhaltbarkeit der durch Tardieu vertretenen französischen Abrüstungstheorie nach.

nen, wovon auf die Städte 253 Millionen Mark, und auf das Land 73 Millionen Mark entfallen. Wäre der Zinssfuß in der ursprünglich festgesetzten Höhe von 7 1/2 Prozent bestehen geblieben und nicht auf 6 Prozent gesenkt worden, so wären insgesamt 81,5 Millionen Mark an Zinsen für die Aufwertungshypotheken mehr aufzubringen gewesen, das heißt rund 63 Millionen Mark in den Städten, rund 18 Millionen Mark auf dem Lande. Die Summe von 81,5 Millionen Mark ist also durch die Zinssenkung erspart worden. APB.

Der Vorschlag Marinkowitschs

Nadolny antwortet Tardieu morgen oder übermorgen

El Genf, 13. April. Im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz hielt der russische Ministerpräsident Marinkowitsch die Einhaltung eines Abkommens über die Abschaffung der schweren Kriegswaffen im Kriegsjahr für unmöglich. Er wies besonders darauf hin, daß schon vor dem Weltkriege, die chemische und bakteriologische Waffe verboten gewesen sei. Dennoch hätten die Kriegführenden alle anwendbaren Mittel angewandt. In Zukunft würden es die Staatsmänner ebenso machen, wenn sie nicht sofort abgelegt werden wollten. Deshalb müsse der Völkerverbund das Recht erhalten, den Angreifer außerhalb des Rechtes zu erklären und ein gemeinsames Vorgehen aller Völkerverbundsmächte gegen die Angreifer durchzuführen. Marinkowitsch schlug dann vor, alle Angriffswaffen unter die Kontrolle des Völkerverbundes zu stellen und alle U-Boote bis auf die zur Küstenverteidigung notwendigen abzuschaffen.

Votschaster Nadolny wird, wie erwartet, am Donnerstag oder Freitag in einer größeren Rede Tardieu antworten.

Sirchliches

Kardinal Schultes Abschiedsaudienz beim Papst.

Rom, 13. April. Kardinal Schulte wurde heute in einstündiger, sehr herzlich verlauteter Abschiedsaudienz vom Papst empfangen, an die sich eine längere Unterredung des Kirchenfürsten mit dem Kardinal-Staatssekretär angeschlossen. Der Kölner Oberhirte wird morgen früh in Begleitung seines Geheimsekretärs Dr. Corssen die ewige Stadt verlassen, um zunächst in Florenz und dann in Mailand einen kurzen Aufenthalt zu nehmen. Der Kardinal beabsichtigt, dort mit den Seelsorgern, die ihm als Protektor der deutschen Gemeinden unterstehen, zu konfrieren.

Nachrichten aus Westdeutschland.

„Liebchen“ ist beleidigt.

El Köln: Der Metzgermeister K. sah einsam im Wohnzimmer beim Vesperbrot. Seine Gattin war ausgegangen. Als Gustchen, die Hausangeestellte, ins Zimmer trat, sagte der Meister zu ihr: „Liebchen, schenk mir ein Täßchen Kaffee ein.“ Diese vertrauliche Ansprache wurde im Nebenraum von unbefugter Seite gehört und der Ehefrau übermitteln. Nun war es mit Gustchens Ruhe zu Ende. Die Meisterfrau nahm jede Gelegenheit wahr, Gustchen zu hänseln. „Liebchen, habe mal die Stiefel, hol man dies und jenes usw.“ Als es der Hausangeestellte zu bunt wurde, stellte sie die Arbeit ein und klagte am Kölner Arbeitsgericht auf Zahlung von Kündigungsentschädigung. Der Meister machte geltend, er sei gewohnt, seine Frau mit Liebchen anzusprechen und so habe er oft Gustchen ahnungslos so angeredet, ohne etwas Böses dabei zu denken. Die Klägerin könne doch weiterarbeiten, aber das lebte Letztere entschieden

ab. Der Gerichtsvorsitzende war auch der Ansicht, daß die Angelegenheit nicht so tragisch zu nehmen sei. Er empfahl einen Vergleich, der angenommen wurde und Gustchen 40 Mark einbrachte.

Seltene Folgen des Schneefalles. — Daueralarm der Wuppertaler Feuerwehr. Alle Normalalarmen blieben stehen.

El Wuppertal: Der plötzliche starke Schneefall hat in Wuppertal groteske Erscheinungen zur Folge gehabt. Eine große Anzahl von Leitungsdrähten platze unter der Belastung des feuchten Schnees, der sich auf den Leitungsdrähten in großer Stärke festgesetzt hatte. Vor allem wurden die Drähte, die die Zentralfeuerwache mit den einzelnen Feuerwehrlern verbinden, das Opfer. Da beim Platzen eines solchen Drahtes jedesmal Alarm an der Zentralfeuerwache gemeldet wird, war die Wuppertaler Feuerwehr die ganze Nacht in Alarmzustand. Auch fast sämtliche Drähte, die zu den

streichenden flüchtigen Normalhuren führen, platen, so daß heute morgen fast alle Normalhuren neben geblieben waren.

Die feindlichen Brüder.

30 Gießen: Nachts befanden sich zwei Arbeiter von hier auf einem Fuhrwerk unterwegs von Braunfels nach Gießen. Während der Fuhrmann brav sein Köhlein lenkte, kamen die beiden Gießener in eine politische Debatte, in deren Verlauf schließlich einer dem anderen seine Überzeugung mit Hilfe der Faust beizubringen versuchte. Als dieses Mittel der „Ueberredungskunst“ nicht mehr half, griff der eine zum Messer, schnitt seinem Redepartner die Nase an und verlegte ihn außer dem noch durch Messerstiche am Bein. Der Gießener war nicht faul, riß dem Fuhrmann die

Reitsche weg und klopfte mit dem Reitschenstiel den anderen nach Strich und Faden durch. Der letztere flüchtete und ward bisher nicht mehr gesehen. Der Mann mit der angeschnittenen Nase wurde nach Wehlar in das Krankenhaus gebracht, wo man ihm die Nase wieder stückte, dann aber machte er sich im Senn auf und davon in der Richtung zum Wehlarer Bahnhof, um von dort aus mit dem Zuge nach Gießen heimzufahren. Unterwegs wurde er erwischt und nach einer Gastwirtschaft gebracht, von wo aus die Gießener Sanitätskolonne benachrichtigt wurde, die den Mann nach der Chirurgischen Klinik brachte. Nachdem er hier weitere ärztliche Hilfe erhalten hatte, konnte er sich nach seiner Wohnung an der Alkanlage begeben. Von dem andern hat man aber bisher immer noch nichts gehört.

Brühl und Umgebung

Brühl, den 14. April.

2. Frauenabend in Brühl

An alle katholischen Frauen und Jungfrauen unserer Stadt ergeht die herzlichste Einladung, an der morgen, Freitag abend 8 Uhr, im Josephshaus stattfindenden 2. Frauen-Verammlung ebenso zahlreich teilzunehmen, wie an der 1. Versammlung. Die bekannte Frau Reichstagsabgeordnete Christine Teusch-Köln spricht über das Thema: „Gegenwartsaufgaben der katholischen Frau“. Der Vortrag wird durch Gesang, Klavier- und Lautenmusik umrahmt. Der kath. Frauen- und Mütterverein sowie die Marian. Jungfrauenkongregation bitten ihre Mitglieder, die über 18 Jahre alt sind, vollzählig zu erscheinen.

3. Feuerwehrrandveranstaltung. Am gestrigen Abend fand im hiesigen Apollo-Theater ein feierliches Fest im Rahmen der 250. Feuerwehrrandveranstaltung aus dem 1. bis 3. Löschbezirk eingeladen. Der Kreisbrandmeister Köllke begrüßte eingangs die zahlreich erschienenen. Er machte sie mit dem Zweck der Veranstaltung bekannt und wünschte ihr guten Erfolg. Es wurden nun Lichtbilder über den „Druckschlauch, Herstellung und Behandlung desselben“ gezeigt, die durch einen vorlesenden Vortrag ergänzt wurden. Den größeren Teil des Abends füllte ein „Feuerwehrrandfilm“ aus, der einen recht interessanten und lehrreichen Überblick über die Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehr gab. Mit Hilfe verschiedener Wehren des Provinzialverbandes waren in dem Film sehr gute Marsch-, Steiger-, Geräte- und Angarier- bzw. Alarmübungen zusammengestellt. Nach Schluß der 1½stündigen Veranstaltung ergriß der Vorsitzende des Kreisfeuerwehrrandverbandes, Branddirektor Cömann, das Wort und gab seiner Freude über die gut gelaungene Veranstaltung und den zahlreichen Besuch Ausdruck und dankte denen, die zur Bewirtung der ersten Lehrveranstaltung dieser Art im Kreise Köln-Land beigetragen hatten. Herr Windt-eisen hatte das Lichtspieltheater und sein Personal für den guten Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellt. — Anschließend an diese Lehrveranstaltung besichtigten die auswärtigen Wehrleute die hiesige Wache und Gerätschaften, während sich die Brandmeister im Lokale Thiesen noch zu einer Versammlung zusammenfanden. Der Bezirksleiter, Oberbrandmeister Breuer, übertrug nach kurzer Begrüßung das Wort dem Kreisverbandsvorsitzenden, Branddirektor Cömann. Dieser dankte den Veranstalter des Unterrichtsabends für die Einladung und widmete dann herzlichste Worte der Begrüßung dem neuen Feuerlöschaufsichtsbeamten, Kreisbrandmeister Köllke. Er schilderte ihn als erfahrenen Feuerwehrmann und ausgezeichneten Wehrleiter, so daß die Gewähr gegeben sei, daß die Wehren des Kreises an ihm einen guten Berater haben werden. Kreisbrandmeister Köllke dankte und versprach, sein Bestes für die Wehr zu tun. Darauf wurden noch verschiedene Berbandsangelegenheiten besprochen.

4. Im Samariterverein vom Roten Kreuz Brühl fand gestern abend die Schlußprüfung des diesjährigen Unterrichtskurses statt, der sich 13 Damen und 12 Herren unterzogen. Nach einer eingehenden Prüfung durch den Kolonnenarzt Dr. Kerssenboom, welcher die vorgeführten theoretischen und praktischen Aufgaben durchweg mit „Sehr gut“ bewerten konnte, erhielten die Prüflinge ihren Ausweis, damit sie den von einem Unglücksfall betroffenen Mitmenschen die „Erste Hilfe“ zu teil werden lassen können. Der Vorsitzende, Föhr, machte die Prüflinge auf das Wesen des Roten Kreuzes aufmerksam und ermahnte zum treuen Aushalten in der guten Roten Kreuzes Sache. Die Prüflinge überreichten Dr. Kerssenboom sinnige Angebinde für seine uneigennützigte Mithewaltung, welcher hierauf seinen Dank aussprach und ebenfalls noch einige beherzigenswerte Worte an die Anwesenden richtete.

5. Brillefestschläge. In letzter Zeit haben sich die Brillefestschläge auf Grube Brühl wieder sehr gehäuft. Die Polizei konnte in der vergangenen Nacht 5 Personen stellen, die 20 Zentner gestohlene Brillefestschläge bei sich führten. Von den Leuten waren zwei vorbestraft.

6. Fahrraddiebstahl. Trotz Warnungsschild kann man immer wieder die Beobachtung machen, daß Personen, die das Marienhospital besuchen, ihre Fahrräder im Vorgarten des Hospitals herrenlos hinstellen, während sie dieselben gegen ein geringes Ausbahrungsgeld beim Pförtner am Gartentor abgeben können. So wurde dieser Tage ein Fahrrad, das im Vorgarten hingestellt worden war, gestohlen, ohne daß man den Dieb ermittelte. Der Fall möge eindringlich als Warnung dienen und die Anordnung sicherheitshalber im eigenen Interesse befolgen.

7. Blinden-Konzert. Im Haus Belvedere gibt die blinde Konzertfängerin Käthe Josefial-Dies heute abend 7.30 Uhr einen Konzertabend. Blinde nebst Führer haben freien Eintritt.

8. Neue Wege für den Waschltag! Je wertvoller die Qualität der Wäsche ist, um so mehr stehen die Hausfrauen heute vor der Aufgabe, die Reinigung der Wäsche nach den heutigen Ansprüchen der Hygiene, der Materialschonung wie der Sparbarkeit an Geld und Zeit durchzuführen. Jede kluge, moderne Frau setzt alles daran, den Stolz ihrer Wäsche, ihre Tüchtigkeit und Sparbarkeit zu bewahren. Die meisten Frauen sind schon soweit aufgewacht, daß die Wäsche heute nicht mehr durch Reiben, Bürsten, Schlagen, Walzen, also schädigend, sondern durch Dampf- und Saugluft (Sauger) die Wäsche schonend gewaschen und intensiv gespült werden kann. Der in Deutschland einzig existierende 3 Gloden-Wessing-Kompressor ist endlich das Richtige, Billigste und Beste, welches bei einfacher, leichtester Handhabung selbst von jedem Schulkind besorgt werden kann. Er wird auch in unserer Stadt praktisch vorgeführt. Der Waschltag, welcher früher 8 bis 12 Stunden mit Plage und verdrießlicher Laune ausfüllte, dauert jetzt nur noch 2 bis 3 Stunden bei größter Schonung der Wäsche ohne Ermüdung oder irgendwelche Störung. Keine Hausfrau verläßt daher, diesen so wichtigen Vortrag zu besuchen. Auch Herren sind freundlich eingeladen. Überall große Begeisterung und Zufriedenheit. Mäßiger Anschaffungspreis. Siehe heutige Anzeige.

9. Schwabach: Zentrumsversammlung. Am kommenden Sonntag findet hier um 10.15 Uhr im Lokale Engels eine Zentrumsversammlung statt, zu der alle Dorfeingewohnten, Männer und Frauen freundlich eingeladen werden. Ein fremder Redner wird über die Landtagswahl am 24. April sprechen.

10. Kierberg-Deide. Die Freie. Sanitätskolonne bezieht am kommenden Sonntag ihr 20jähriges Stützungsfest. Gleichzeitig hält die Arbeitsgemeinschaft der Sanitätskolonne von Brühl-Stadt und -Land eine große Schau- und Alarmübung auf dem Fabrikgelände von Grubhert I ab. Die Übung, woran sich die Kolonnen Badorf, Verzdorf, Brühl, Schwabach und Rodem beteiligen, findet gegen 14.30 Uhr statt und wird durch die Sirene des Grubhert's bekanntgegeben. Die Übung wird von Obermedizinal- u. Regierungsrat Professor Dr. Jöller im Bismarck-Kreis, Medizinalrat Dr. Schrammen, abgenommen. Bei dieser Übung finden alle vorkommenden Unfälle ihre Behandlung. Dem Publikum wird gerne Einsicht in die Arbeiten der Sanitätsmannschaften gestattet, jedoch bittet die Leitung der Übung die geehrte Bürgerschaft das Übungsgelände erst nach Erörtern der Sirene zu betreten und die Abwehrmaßnahmen der Freie. Feuerwehr zu beachten und zu unterstützen. — Im Anschluß an die Übung findet eine Festversammlung im Saale Lichtenberg in Deide statt. Das Stützungsfest wird abends 8 Uhr mit einem Konzert und Theaterabend begangen, woran viele hiesige Kräfte in selbstloser Weise mitwirken. Der Ertrag ist zur Verteilung der Kolonnenbedürfnisse bestimmt. Da die Kolonne in letzter Zeit in ihren Einrichtungen ziemlich stark in Anspruch genommen wird, hofft dieselbe, daß sie eine einsichtsvolle Bürgerschaft in ihren Belangen unterstützt. Alles Nähere erziehe aus der Anzeige in der Freitagnummer.

11. Kierberg: Der kath. Jünglingsverein, der von Bestimmung schon festgelegt worden war, hatte am letzten Sonntag zu einer Generalversammlung im Pfarrhaus eingeladen, um sich neu zu konstituieren. Es mußte ein neuer Vorstand ge-

bildet werden. Er ist fast verflüchtigt worden, was für die Belange des Vereins sehr gut sein wird. Man beschloß, wieder wie früher, Heim- und Spielabende abzuhalten. Sie finden regelmäßig Donnerstags im Vereinszimmer des Pfarrhauses statt, das zu diesem Zwecke Pfarrer Wöstenhense freundlichst zur Verfügung gestellt hat. Auch soll wieder eine regelmäßige Turnstunde eingeführt werden. Jeder katholische Jungmann, besonders die diesjährigen Schulklassen, werden gebeten, dem Verein beizutreten. Anmeldungen nimmt das Pfarramt entgegen. Es ist zu erwarten, daß unter der neuen Leitung der Verein wieder zu altem Glanz erheben wird, zu „Krug“ und „Fromm“ der hiesigen katholischen Jugend!

12. Pingsdorf: Sängerkreis in Pingsdorf. Anlässlich des 35. Stützungsfestes des M.V. Sängerbund findet am Samstag abend 20 Uhr im Jägerhof ein Festkonzert statt. Sonntag, morgens 9 Uhr, ist Kirchgang, anschließend Friedhofsfest; nachmittags 15 Uhr zieht ein Festzug und gegen 17 Uhr ist im Pingsdorfer Hof großes Sängerkonzert, während im Jägerhof der Festball steigt.

13. Der Kreiswindthorstbund Köln-Land hielt am Dienstagabend im Hause der Kath. Studenten-Verbindung „Grolenburg“, eine Versammlung ab, die den Festsaal des Hauses bis auf den letzten Platz füllte. — Nach einem kurzen Rückblick auf die politischen Gegebenheiten der letzten Tage gab der Vorsitzende das Wort dem Stadtverordneten Schaeven für das Thema: Reichspräsidentenwahl — Preußenwahl. Der Redner begann mit einem Treuegelöbniß für den neugewählten Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Er betonte, daß dieses Treuegelöbniß und die Achtung vor dem Reichspräsidenten, für den ausländischen Politiker eine Selbstverständlichkeit sei. Aus diesem Grunde wäre auch die vollkommen ausschließliche Kandidatur Hilters im 2. Wahlgang, dem bereits gewählten Reichspräsidenten gegenüber, eine große Ungenugung gewesen. Dieses sei aber bei Adolf Hitler infolgedessen zu entschuldigen, daß derselbe durch seine himmelstürmenden Wahlerfolge nicht die notwendige politische Mäßigkeit und Erfahrung besitze. Ueber die Preußenwahl sagte Redner, daß die Nationalsozialisten wohl als stärkste Partei in den Landtag einzuziehen würden, trotzdem würde eine absolute Mehrheit von dieser Partei nicht erreicht werden. Durch die in den letzten Tagen vorgenommene Aenderung der Geschäftsordnung des Landtages müßte aber der Ministerpräsident die absolute Mehrheit besitzen. Aus diesem Grunde sei die Konstituierung einer neuen Regierung in Preußen für recht wie links eine äußerst schwierige zu lösende Frage. Denn zwischen der Sozialdemokratie und den Nationalsozialisten beständen derart große Gegensätze, daß an eine Koalition zwischen den beiden nicht zu denken wäre. Deshalb sei es sehr leicht möglich, daß eine arbeitsunfähige Regierung die andere ablösen wird, und wenn die Parteien sich nicht verständigen, der Landtag in den nächsten vier Jahren eher einem Zirkus als einem Parlament gleichen wird. Die Ausführungen des Herrn Schaeven gaben Stoff für eine rege Diskussion, die durch den Kreisparteiheft Dr. Toll mit den Worten geschlossen wurde: „Komme es wie es kommen mag, wir, die Jugend der Zentrumspartei sind an unserem Platz.“ Hierauf wurden in einer eingehenden Aussprache die Organisation und der Aufbau der einzelnen Bünde besprochen. Erfreulicherweise konnte aus Brauweiler gemeldet werden, daß dort bereits Anfang April ein Windthorstbund gegründet wurde und daß derselbe sich bereits rege am Wahlkampf beteiligt habe. Zum Schluß wurden die Anwesenden zu einer größeren Jugendkundgebung eingeladen, die am Dienstag, den 19. April in Freuden stattfindet.

Verlängerte Rückfahrkarten auch zu Pfingsten

Die Reichsbahn hat sich, wie wir hören, erfreulicherweise entschlossen, in derselben Weise, wie sie verlängerte Rückfahrkarten mit 33 Prozent Preisermäßigung für die Osterzeit herausgab, auch für die Pfingstzeit verbriefte Rückfahrkarten zu verabsorgen. Das Pfingstfest fällt in diesem Jahre auf den 15. und 16. Mai. Die Festtagsrückfahrkarten gelten nahezu vierzehn Tage, und zwar in der Zeit vom 11. bis 23. Mai. Wie zu Ostern, ist der Reisende verpflichtet, bei Benutzung von D-, F- und FV-Büßen den tarifmäßigen Zuschlag zu zahlen.

Die Reichsbahndirektion Köln wird in diesen Tagen die näheren Bestimmungen für ihren Bereich bekanntgeben.

Sport

Brühler Sportverein. Am Sonntag fährt die 1. und 2. Mannschaft zum jährigen Meisterschaftsspiel nach Union Köln. Aufstellung der 1. Mannschaft: Schmitz, Pirg, Lühner, Becker, Keller, Dörmack, Schneider B., Mönnig S., Kluth, Arer, Thönniges. 2. Mannschaft: Dörmack, Kenseker, Trimborn, Bändorf, Rohm, Münch, Schmalenbach, Arer P., Breidenbach, Schneider, Mönnig J. Treffpunkt: 2. Mannschaft 11.50 Uhr, 1. Mannschaft 2.20 Uhr Staatsbahnhof.

Fr. Turn- und Spielverein Brühl. Am Sonntag hat der Fr. Turn- und Spielverein den S.V. Euskirchen mit der 1. und 2. Mannschaft zu Gast. Die 1. Mannschaft von Brühl spielt in der selben Aufstellung wie vorigen Samstag in Höhenburg. 2. Mannschaft: Lubnau S., Wieland, Mandt G., Senze S., Verbeugen M., Krüger Fr., Alten-

burger R., Altenburger W., Verbeugen L., Dawig, Hoffmann. Anstoß 2. Mannschaft 14.30 Uhr, 1. Mannschaft 16 Uhr. Beide Spiele sind im Stadion.

Briefkasten.

Die Polizeistunde ist hier in Brühl auf 1 Uhr nachts gesetzt. Die Schankwirte haben bis zu diesem Zeitpunkt auch Erlaubnis, Musik spielen zu lassen. Bei besonderen Gelegenheiten wird ja sogar hierzu Erlaubnis über die Polizeistunde hinaus erteilt. — Selbstverständlich hat der Wirt nun nicht das Recht anstatt Musik ruhstörender Lärm zu veranstalten. Fragt sich nur: was ist Musik und was ist ruhstörender Lärm.

Kölnener Getreide-, Futtermittel- und Waren-Börse.

	12. 4.	8. 4.
Weizen, rhein. 74-74 ¹ /2 kg.	27,00	26,25-26,50
Roogen, rhein. 72-72 ¹ /2 kg.	22,00	21,25-21,50
nordb. 73-74 kg.	22,75-23,25	22,75-23,25
Hafer hiesiger.	16,25-17,25	16,00-17,00
norddeutscher.	17,50-18,50	17,25-18,25
Futtergerste	18,25-18,75	17,75-18,25
Wintergerste, inländ.	19,50-21,00	18,50-19,50
Sommergerste, inländ.	16,25-17,75	16,25 17,75
Mais, grober	17,75-18,00	17,75-18,00
kleiner	16,25	16,00
Weizenmehl inländ.	29,80-30,00	29,80 30,50
Roggenmehl 70 ¹ /2, inländ.	25,00-25,50	25,00-25,50
Roggenmehl, inländ.	11,00-12,25	10,50-11,75
Weizenkleie	10,00-10,50	10,00-10,50
Roggenkleie	12,00-12,75	12,00-12,75
Bierreber	12,75-13,00	13,00-13,25
Leinwandmehl 88 ¹ /2	13,00-13,50	13,25-13,75
Erdnussmehl 80 ¹ /2	14,00-14,50	14,25-14,75
Sonachrot (extrahiert) 40 ¹ /2	15,25-15,50	15,50-15,75
Kaputchen 38 ¹ /2	9,25	9,25
Palmerntuchen lose 21 ¹ /2	12,00-12,50	12,00-12,50
Trockenschmelze	8,00-8,50	7,75-8,25
Zuckerhutlose	10,00-10,25	10,00-10,25
Rohmelasse	8,25-8,50	8,25-8,50
Wiesenheu, inl. lose	5,20-5,80	5,00-5,60
inl. gepreßt	7,00-8,00	6,50-7,60
inl. gepreßt	3,10-3,50	3,10-3,50
Roggenstroh, ger.	3,00-3,20	3,00-3,20
Weizenstroh, ger.	2,80-3,00	2,80-3,00
Haferstroh, ger.		

1) Brutto mit Sack; 2) ab rhein. Station. Für 100 kg Frachtlage Köln.

Buttergetreide war höher im Preise, auch sonstiges Getreide befreit; Futtermittel dagegen etwas abgekauft.

Butter, Eier, Käse

Kempten, 13. April. Allgäuer Molkereibutter, 2. 0,97 M. (0,97 M.), 1. 1,09 M. (1,09 M.). Rahmeinkauf 1,09 M. (1,09 M.), bei 43 Fettanteilen ohne Buttermilch-Rückgabe. Allgäuer Weichkäse mit 20 Prozent Fettgehalt, grüne Ware 0,19-0,22 M. (0,19-0,22 M.). Allgäuer Emmentaler mit 45 Prozent Fettgehalt 1. 0,80 bis 0,86 M. (0,80-0,86 M.), 2. 0,70-0,75 M. (0,70-0,75 M.), 3. 0,62-0,66 M. (0,62-0,66 M.). (Diese Preise sind Erzeugerverkaufspreise ab Geschäftsraum oder Station des Erzeugers, ohne Verpackung, für ein Pfund.)

Hamburg, 13. April. Bei der heutigen Butter-Versteigerung der Meiereiverbände für Schleswig-Holstein bewegten sich die Preise für 50 kg Butter zwischen 114 und 117 M. (114,50 und 116,50 M.) zuzüglich 5 Prozent Abverkaufspreis und den Kosten der Verpackung.

Calcar, 13. April. Bei der heutigen Eierbörse betrug die Zufuhr 420 000 Stück. Bezahlt wurden für je 100 Stück: besonders schwere Eier 5,60 bis 5,90 M., 60-64 g 4,70-5,10 M., 55-60 g 4,30-4,60 M., 50-55 g 4-4,40 M., unter 50 g 3,80-4 M., Enteneier 4-4,50 M., Gänse-eier 12-15 M. Die Preise gelten ab Calcar ausschließlich der Speise des Großhandels bei freier Rückführung der Kästen nach Station Calcar.

Landkaufstellen

Gebe noch ab größere Posten
Ersaltinge, Goldminen, Blaue Mieren,
Jullinier, n. Odenwälder Blaue,
Motrows Industrie.

Max Olsowski

Landesprodukte
Burgstraße 5 Brühl Fernr. 2646

Weg. Wagnangel einige
legende

Leghornpöllen
zu verkaufen.
W. sagt die Geschäft. 688

Freitag nachmittag
von 2-4 Uhr

Freibank
Die Schlichthof-
verwaltung

Waggons
Industrie-
Saar-
kartoffeln
eingetroffen
NW 5.0 pro Zentner
frei Haus.

Theo Vering,
Kartoffelgroßhandel.
Badorf-B u l
Fernruf 2794.

Kautabak

Grimm & Trepel
in allen Städte
Stück 15, 2 Stück 25 Pfg.

Seiten, Abstr. 129.

Büfetttschrank

weiß, geeignet f. Bäckerei

Möbel-Zirkus

Brühl

Fleisch- und Wurstwaren

werden Freitag morgen
von 9 Uhr ab verkauft.
Math. Breuer. Pingsdorf,
Eustriedenerstraße 60.

Gericht und gerecht

Eine Erklärung aus älterer Zeit von G. Schmidt.

(Nachdruck verboten).

Aktuelle Aufgaben!

Nachstehende „Aktuelle Aufgaben“ geben wichtige Anregungen und Forderungen der Zentrumsparlei

Die schmerzhafteste, zugleich sozial und politisch gefährlichste Auswirkung der Krise, die heute mit beispielloser Heftigkeit die ganze Weltwirtschaft und Deutschland insbesondere erschüttert, ist die **Arbeitslosigkeit**. Zwar haben wir in den letzten Wochen eine leichte Besserung zu verzeichnen; aber die Zahl der Arbeitslosen beträgt immer noch rund 6 Millionen, eine Zahl, in der ungeheuer viel bittere wirtschaftliche Not und namenlose seelische Qual der Betroffenen eingeschlossen ist. Eine gründliche und dauernde Behebung der Arbeitslosigkeit ist nur möglich, wenn es gelingt, der **Wirtschaftsschrumpfung Halt zu gebieten**; eine Wiederbelebung des Wirtschaftskreislaufs ist nur zu erwarten, wenn in absehbarer Zeit außen- und innenpolitisch jenes **Mindestmaß an allgemeinem Vertrauen wiederhergestellt wird**, ohne das unsere Wirtschaft nicht funktionieren kann. Die **Reparationsfrage ist dabei von entscheidender Bedeutung**. Ihre Regelung steht bevor. Mit welchen Terminen man rechnen kann, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Deutschland steht vor der Aufgabe, diesen Zeitpunkt zu erreichen. Projektmacherei und Inflation nützen nicht nur nicht, sondern fördern diesen außenpolitischen Befreiungskampf, verschleiern die tatsächliche Notlage Deutschlands und wiegen das deutsche Volk in Illusionen. **Nur der bisher von der Regierung Brüning eingeschlagene Weg schärfter Selbstdisziplin und harter Opfer führt allein zum Ziel**. Das schließt jedoch nicht aus, **Erleichterungen**, die ohne Beeinträchtigung des Endziels gewährt werden können, durchzuführen. Als erleichternde Maßnahmen in diesem Sinne erscheinen uns möglich:

Maßnahmen der Reichsbank

1. Der **Reichsbankdiskontsatz** sollte über die am 9. April erfolgte Herabsetzung um ½% hinaus weiter ermäßigt werden. Ein Diskont von 5 Prozent scheint unter den heutigen Umständen wünschenswert, und durchaus möglich. Der Wirtschaft wird dadurch eine wesentliche Erleichterung gegeben. Durchschlagende währungs- und sonstige Bedenken bestehen nicht.
2. Die **Kreditpolitik der Reichsbank** muß derart gestaltet sein, daß kein sicheres Geschäft an der Finanzierung scheitert. Die Reichsbankpolitik der letzten Monate hat diesem Grundgesetz im allgemeinen Rechnung getragen; nach der einen oder anderen Richtung hin müssen und können jedoch noch Ergänzungen stattfinden.

Politik der Banken

1. Bei den Banken, an denen die **Reichsregierung** finanziell mehr oder weniger stark beteiligt ist, muß sie erneut darauf drängen, daß eine möglichst weitgehende **Verpflichtung des Kreditbedarfs der kleineren und mittleren Wirtschaftsbetriebe** stattfindet. Soweit Kredite unbedingt abgedeckt werden müssen, muß das in so schonender Weise vor sich gehen, daß die betreffenden Firmen nicht wirtschaftlich gefährdet werden.
2. Bei den übrigen Banken muß möglichst in demselben Sinne verfahren werden.
3. Die **Kreditkosten für den letzten Kreditnehmer** müssen ein tragbares Maß haben. Auf Grund der Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 hat die Reichsregierung dem Reichsbankentommissar in Bezug auf die Festsetzung der Soll- und Habenzinsen weitgehende Befugnisse gegeben. Der Bankentommissar hat bisher von seinen Vollmachten dergehalt Gebrauch gemacht, daß er die Habenzinsen durch eine Maßvorschrift, die Sollzinsen dagegen durch Kannvorschriften festgelegt hat. Diese Sollzinsen werden durch Kreditausschüsse zentral und in den einzelnen Bezirken im Einvernehmen mit dem Bankentommissar festgelegt. Die Erfahrungen zeigen, daß trotz dieser Abmachungen noch Zinssätze von über 12 und 13 Prozent vom letzten Kreditnehmer genommen werden. Diese sind untragbar. Der Bankentommissar muß sich dieser Dinge nachhaltiger noch als bisher annehmen, um zu tragbaren Zinssätzen auch für den letzten Kreditnehmer zu kommen.

Sonstige Maßnahmen zur Minderung der Arbeitslosigkeit

1. Förderung der Siedlung.

a) Stärkere Förderung des **Kleingartenwesens**. Es ist in größerem Maße als bisher Gelände in dem Randgebiet der Städte zur Verfügung zu stellen. Die Zahl der Familien mit voller oder teilweiser Erwerbslosigkeit, die den wirksamen Wunsch nach einem Kleingarten haben oder Verwirklichung bei der vorstädtischen Randbesiedlung erstreben, ist namentlich in den Großstädten und in den größeren Mittelstädten beträchtlich. Die Befriedigung ihrer Wünsche scheitert jedoch vielfach daran, daß **nicht genügend Land bereit gestellt wird**, oft sogar in Fällen, in denen die Stadtverwaltungen selbst noch über geeignetes Land verfügen.

b) **Ausweisung von Kleinrentnern, Sozialrentnern und Pensionären** in die Außenbezirke der Städte oder ganz aufs Land. Daraus

ergeben sich zugleich gewisse Ersparnismöglichkeiten an zusätzlicher Wohlfahrtsunterstützung für die Städte.

c) **Ausgiebige Vergabe von Land für Anliegerpachtung und Anliegersiedlung**, namentlich dort, wo ganze Dörfer unter dem Einfluß der Wirtschaftsschrumpfung arbeitslos sind (zum Beispiel Dörfer, deren männliche Erwerbsfähige Bevölkerung größtenteils der Saisonarbeit obliegen). Ueberhaupt muß die Vergabe von Land namentlich dort energischer und umfassender betrieben werden, wo Arbeitslose schon ein Haus (Eigenheim, eventuell mit kleiner Landzulage) besitzen, wie das vielfach in ganz oder halb ländlichen Gegenden der Fall ist. Dort kann durch Zupachtung oder sonstige Landzuteilung oft Arbeit und dadurch entsprechende seelische Entlastung für mehrere erwerbsfähige Familienmitglieder geschaffen, durch die Erträge des Bodens eine fühlbare wirtschaftliche Erleichterung für die arbeitslose Familie und zugleich eine finanzielle Ersparnis für die kommunalen Lastenträger herbeigeführt werden.

d) **Beschleunigte und großzügige Förderung der Primitivsiedlung**. Der Staat sollte Land und Holz aus eigenem Besitz kostenlos zur Verfügung stellen. Bürokratische Bedenken, kostspielige Zwischenbewirtschaftung, übertriebene Aufsichtung müssen aufhören. Zwecks Verbilligung der Siedlung sollte der freiwillige Arbeitsdienst in die lamerabastische Durchführung der Ausweisung eingegliedert werden. Das bedeutet zugleich Heranbildung von geeignetem Siedlernachwuchs.

e) **Förderung des Landarbeiterwohnbaues**, und zwar Bau von Eigenheimen, da der Bau von Werkwohnungen, die Abwanderung vom Lande auf die Dauer nicht aufhält.

2. **Förderung des kleinen Eigenheimbaues**, u. a. durch Unterstützung der Baupartien (durch Leihkapital und Zinszuschüsse aus öffentlichen Mitteln). Auf diese Weise wird der dezentralisierte Bau von Eigenheimen in Gang gebracht, die Entfaltung unseres Volkes gefördert und unter Auswendung verhältnismäßig geringer Mittel gerade dem kleinen und mittleren Bauwerk die Arbeit verschafft. Die Sanierung oder Ausmerzung ungeeigneter Baupartien ist zu beschleunigen, die einwandfrei geführten Institute sind zu benennen, damit nicht unter dem Eindruck zeitlich gehäufte Schwierigkeiten das Vertrauen zum Bauwesen überhaupt verlorengeht. Mit Recht wird vom Reichsausschuss davor gewarnt, aus diesen Vorkommnissen den Schluß zu ziehen, daß der Baupargandante überhaupt abgewiesen sei, oder daß die deutschen Baupartien in ihrer Gesamtheit vertrauenswürdig seien. Das verhältnismäßig junge deutsche Bauparwesen habe einen gesunden Kern und es sei nicht zu bestreiten, daß es unter den deutschen Baupartien eine nicht unerhebliche Anzahl gut geleiteter und wirtschaftlich einwandfrei aufgebauter Unternehmungen gebe.

3. **Zinssenkung der Altwohnungen**. Es muß verjüngt werden, die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer hierfür zu verwenden. Die Kannvorschrift, daß bis zu 20 Prozent der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden können, sollte in eine Maßvorschrift umgewandelt werden, damit auf alle Fälle wenigstens 20 Prozent der Hauszinssteuer für diese Zwecke bereitgestellt werden.

4. **Regie- und Schwarzarbeit**. Die von der öffentlichen Hand vergebenen Aufträge dürfen keinesfalls in eigener Regie ausgeführt werden; mögen sie auch noch so klein sein, so ist doch das private Gewerbe für ihre Erledigung heranzuziehen. — Die Schwarzarbeit wird abgelehnt und ist durch geeignete Maßnahmen zu bekämpfen.



Der erste Spatenstich für Berlins Erwerbslosensiedlung

In Berlin-Rudow wurde der erste Spatenstich zur ersten Berliner Erwerbslosensiedlung getan. Auf zwei getrennten Siedlungsgeländen sollen hier

300 Siedlerstellen entstehen — der Anfang zu den zunächst geplanten 2000 Siedlerstellen in Groß-Berlin.

5. **Freiwilliger Arbeitsdienst**. Eine Erweiterung des Personentranges ist notwendig und möglich. Die gesamte Handhabung muß entbürokratisiert werden und sollte in stärkerem Maße als bisher den großen Volksorganisationen (konfessionelle Verbände, Gewerkschaften) überlassen bleiben. Insbesondere empfiehlt sich die Einschaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes bei der Durchführung der Siedlung (s. o. 1. d.).

6. Da die **Gemeinden** allein nicht in der Lage sein werden, die ungeheure gestiegene Wohlfahrtslasten auf die Dauer zu tragen, wird es Aufgabe des Reiches sein, gemeinsam mit den Ländern eine Form zu finden, um unter allen Umständen die Finanzierung dieses Teiles der Erwerbslosen sicherzustellen.

7. **Erfolg der beschäftigten älteren Arbeiter durch jüngere Arbeitslose**. Es muß danach gestrebt werden, die älteren Arbeiter, insbesondere diejenigen, die über 65 Jahre alt und schon im Bezug der Invalidenrente sind, im Zusammenhang mit der Ausweisung aus den Städten durch arbeitslose Jugendliche zu ersetzen.

8. **Frauenberufarbeit**. a) **Doppelberuf der verheirateten Frau**. Die außerhäusliche Erwerbsarbeit der verheirateten Frau wird, sofern sie nicht zur wirtschaftlichen Versorgung der Familie notwendig ist, abgelehnt. Der Doppelberuf schädigt die Familie und die vollwertige Leistung im Beruf und wirkt innerhalb der Volksgemeinschaft in den Zeiten großer Arbeitslosigkeit unsozial.

b) **Die verheiratete Beamtin**. Ein auf Initiative der Zentrumsfraktion des Reichstages eingebrachter und im Haushaltsausschuß bereits angenommener Gesetzentwurf betr. die Rechtsstellung der verheirateten weiblichen Beamtinnen soll das Ausscheiden der Beamtin bei ihrer Verheiratung unter Wahrung ihrer erworbenen Rechte (Abfindungssumme, Kündigungsrecht der Behörde) ermöglichen.

c) **Die verheiratete Angestellte und Arbeiterin**. Die Behörden sollen aus den oben angegebenen Gründen für ihren Verwaltungszweig die verheiratete Arbeitnehmerin, soweit die wirtschaftliche Versorgung der Familie sichergestellt ist, nicht mehr beschäftigen. Für den Bereich der privaten Wirtschaft muß durch Einwirkung auf die Frauenorganisationen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände dieselbe Regelung erstrebt werden.

b) Das **Einbringen und Hineinziehen der Frau in spezifische Männerarbeiten** (Baugewerbe, Eisen- und Hüttenindustrie u. a.) wird abgelehnt. Die Förderung und Ausgestaltung spezifischer Frauenberufe muß stärker als bisher unterstützt werden.

c) **Der Erfolg vollverdienender Männer durch weibliche Arbeitskräfte**, lediglich aus lohnpolitischen Gesichtspunkten, wird auf das schärfste verurteilt.

9. **Es muß unter allen Umständen dafür Sorge getragen werden, daß die Unterstützung aller echten Arbeitslosen sichergestellt wird.**

Auch Griechenland will in den Donaubund

Im London, 13. April. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erfährt, daß außer Bulgarien auch Griechenland die Zulassung zu einem wirtschaftlichen Donaubund fordern werde. In englischen Kreisen rechne man damit, daß die Donauverhandlungen der vier Mächte erst nach einer Zusammenkunft zwischen MacDonald und Brüning, die etwa in 14 Tagen in Genf oder in Lausanne stattfinden würde, wieder aufgenommen würden.

Bücherschau.

Staatsbürger — man wirbt um Dich! Tausend Stimmen umringen Dich. Versprechungen loden Dich. Verheißungen bauen vor Deinen Augen ein Bild Deiner Wünsche. Von jeder Seite hörst Du: „Gib mir Deine Stimme!“ Mitten in dieser Brindung der aufeinanderdrängenden Wünsche stehst, mußt Du Dich entscheiden, dem einen oder dem anderen Deine Stimme geben. Man wirbt um Dich: wem sollst Du folgen? Du hörst Reden — liest Plakate, Flugblätter. — Aber was Du hörst, ist doch nur Ausschnitt, herausgerissen aus größeren Zusammenhängen — sind Schlaglichter auf das Wollen jeder Partei, nicht mehr — ist noch nicht das Ganze — ist noch nicht das Programm. Um aus voller Ueberzeugung Dich entscheiden zu können, mußt Du, Staatsbürger, die Programme der Parteien, die um Dich werben, nicht nur in Auschnitten, sondern im Ganzen kennen. — Erst so erhältst Du jenen klaren Blick, den Du brauchst, um die Verantwortung Deiner Stimmabgabe auf Dich nehmen zu können. Nur so — wissend — bist Du Stimme gebender Staatsbürger und nicht „Stimmvieh“. — Dein Urteil zu finden — Dein eigenes, ungetrübtes, durch keinerlei „Propaganda“ beeinflusstes — will Dir die Broschüre „Staatsbürger, man wirbt um Dich“ helfen. Ohne Kommentar gibt sie Dir die wichtigsten Parteiprogramme im Wortlaut und sagt Dir in klarer tabellarischer Uebersicht, wie die einzelnen Parteien zu den Dich interessierenden, Dich angehenden Tagesfragen stehen. — Ein unparteiischer Ratgeber, der sich wegen keiner absoluten Sachlichkeit und Unparteilichkeit ganz besonders für dieses schwierige Gebiet eignet, ist jedoch im Industrie-Verlag Späth & Linde, Berlin W 10, in der Broschüre: „Staatsbürger, man wirbt um Dich“, erschienen. Sie enthält die Programme der wichtigsten deutschen Parteien. Mit einer Einleitung, einer vergleichenden Uebersicht der deutschen Parteiziele und einer zahlenmäßigen Uebersicht der Parteien. Das Werk bringt auf 82 Seiten alles Wissenswerte zu dem billigen Preis von 1.40 RM. Der vielfarbige Umschlag gibt der aktuellen Broschüre ein stattliches Aussehen. Die Nachfrage ist äußerst reg, so daß die Bestellung sofort zu empfehlen ist.

In tausenden von Familien

wird von ihnen gesprochen. — aber nur an den Tagen, zu welchen eine Anzeige in der „Brühler Zeitung“ steht



Frühjahrsstürme an Englands Küste

An der englischen Küste toben jetzt wieder die Frühjahrsstürme — in unferm Bilde in Brigh-ton, wo die riesigen Wellen erst kurz vor der Strandpromenade sich brechen.

hland.

auch der Ansicht, tragisch zu nehmen der angenommen einbrachte.

s. — Daueralarm Alle Normaluhren

starke Schneefall Erscheinungen zur Zahl von Leitungs- stellung des feuchtem ngsdrähten in gro- allem wurden die che mit den einzel- as Opfer. Da beim edesmal Alarm an det wird, war die nze Nacht in Alarm- Drähte, die zu den

Verwaltungsbericht der Stadt Brühl 1931

1.

Stadtgebiet:

Das Stadtgebiet umfaßt eine Gesamtfläche von 1 280,95 ha. Davon sind 148,62 ha bebaut, 82,47 ha entfallen auf Straßen, Wege und Wälder und 1 049,78 ha auf Ackerland, Holzungen, Wiesen und Weiden. In der letztgenannten Zahl ist der Schloßpark mit rund 76 ha enthalten.

Bevölkerung:

Die Einwohnerzahl der Stadt Brühl betrug nach der letzten Personenzensusaufnahme (Oktober 1931) = 12 309 gegenüber der Personenzensusaufnahme 1930 (Oktober) = 12 130, mithin eine Zunahme von 179 Personen.

a) Geburten:

1. Zahl der Geburten überhaupt			2. Zahl der Lebendgeborenen			3. Zahl der Totgeborenen		
männl.	weibl.	zusammen	ehelich	unehelich	zusammen	männl.	weibl.	zusammen
175	141	316	303	5	308	5	3	8

82 Fälle betreffen auswärtige, im Marienhospital geborene Kinder, unter diesen befindet sich 1 uneheliche Geburt.

Dem Religionsbekenntnis nach waren geboren: 260 Kinder von katholischen Eltern, 27 aus Misch-ehen (12 mit kathol. Vater und 15 mit katholischer

Der Staatsangehörigkeit nach sind:

12 120 Deutsche, 6 Belgier, 5 Engländer, 1 Franzose, 38 Holländer, 12 Jugoslawen, 22 Italiener, 4 Litauer, 5 Luxemburger, 9 Oesterreicher, 22 Polen, 6 Schweizer, 29 Tschechoslowaken, 4 Ukrainer und 26 Staatenlos.

Nach dem Religionsbekenntnis geordnet sind: 10 390 Katholiken, 1 590 Evangelische, 95 Israeliten, 107 Dissidenten, Freidenker usw. und 127 ohne Religion.

Personenstand:

Die Zahl der Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle geben nachstehende Übersichten an:

b) Eheschließungen:

Zahl der Eheschließungen	Alter der Eheschließenden											
	unter 20 Jahren		20—30 Jahre		30—40 Jahre		40—50 Jahre		50—60 Jahre		über 60 Jahre	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
98	1	13	68	70	22	11	4	2	1	2	2	—

Von den Eheschließenden waren 5 Personen ausländischer Staatsangehörigkeit und zwar: 1 Französin, 2 Oesterreicher, 1 Polin und 1 Russin.

Nach dem Religionsbekenntnis waren:

75 Paare katholisch, 9 Paare evangelisch. Bei 14 Brautpaaren war in 6 Fällen der Bräutigam und in 8 Fällen die Braut katholisch.

Es waren von den Eheschließenden:

c) Sterbefälle:

Zahl der Todesfälle überhaupt	Lebensalter der Gestorbenen														
	bis 1 Jahr			davon		mehr als		mehr als		mehr als		mehr als		mehr als	
	m.	w.	zuf.	ehel.	un- ehel.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
164	28	9	37	34	3	2	2	6	5	19	12	12	13	29	27

Unter den Sterbefällen befanden sich 13 Un- glücksfälle und 54 Fälle, die auswärts wohnende im Marienhospital Brühl verstorbenen Personen betreffen (39 männliche und 15 weibliche) dazu noch 6 auswärtige Totgeburten (4 männliche und 2 weibliche).

An Todesursachen sind bekannt geworden:

Angeborene Lebensschwäche 16, Abzehrung 1, Altersschwäche 16, Reuchhusten 2, Gallenblasen- entzündung 1, Brechdurchfall 1, Blinddarms- und Bauchfellentzündung 6, Halskrankheiten 3, Tuberkulose 16, Krebs 11, Wasserhusten 6, Schlagfluß 9, Lungen- und Brustfellentzündung 17, andere Lungenkrankheiten 1, Herzkrankheiten 20, Ge- hirnkrankheiten 4, Nierenkrankheiten 5, Krämpfe 6, Zuckerkrankheit 1, Unfallsfälle 13, Selbst- morde 3, Mord und Totschlag 2, andere nicht an- gegebene Krankheiten 3.

Dem Religionsbekenntnis nach sind gestorben:

148 Katholiken (95 hiesige und 53 auswärtige), 15 Evangelische (12 hiesige und 3 auswärtige), 1 Religionsloser (hies.).

Allgemeine Verwaltung:

Es fanden 68 Stadtverordneten- bzw. Aus- schußsitzungen statt.

Im Juli 1931 legte der der SPD. angehörige Stadtverordnete Heinrich Schmitz sein Amt als Stadtverordneter nieder. An seine Stelle trat der Kandidat Adam Marg aus Brühl, Tiergarten- straße 22.

Im Oktober 1931 trat der der SPD. angehö- rende Stadtverordnete Hans Schwarzkopf zur Soz. Arbeiterpartei Deutschlands über.

Die Polizeioberwachmeister Muschinski, hier eingestellt am 10. 12. 1930, Matzke, hier ein- gestellt am 1. 1. 1931, Feldmann, hier eingestellt am 1. 4. 1931 wurden nach Ablauf ihrer Probe- dienstzeit endgültig angestellt und nach Ableistung von 12 Jahren im Reichs-, Staats- bzw. Ge- meindebedienst, ebenso wie der seit 16. 10. 1928 hier tätige Polizeioberwachmeister Klose zu Polizei- hauptwachmeister befördert.

Der Stadtschulrat hielt 4 Sitzungen ab. Die Verhandlungsgegenstände waren: 4 Anträge auf Uebertragung bestehender Wirtschaftskonzessionen auf andere Personen, 4 Anträge auf Erteilung der Konzession zum Kleinhandel mit Spirituosen, 3 Anträge auf Verdrängung von Konzessionsur- kunden auf geänderte Räume, 2 Anträge auf Ge- nehmigung zur Anlage von Dampfseifen, 1 An- trag auf Genehmigung zum Betriebe des Bewa-

chungsgewerbes, 1 Antrag auf Zustimmungsertei- lung zum Erlaß von Polizeiverordnungen.

Polizeiverwaltung:

Die Anzahl der bei der Polizeiverwaltung be- schäftigten Beamten und Angestellten hat sich im Berichtsjahre nicht geändert. Sie betrug für den Außendienst 14 Beamte und für den Bürodienst 1 Beamter, 1 Dauerangestellter und ein zur Aus- bildung beschäftigter Hilfsarbeiter. Außer der mit der Polizeiverwaltung verbundenen allgemeinen Verwaltungstätigkeit wurden 1340 Strafsachen bearbeitet, was eine Zunahme um rund 6 Prozent gegenüber dem Vorjahre bedeutet. Die Erledigung der Strafsachen erforderte die Vernehmung von 638 Beschuldigten und 596 Zeugen, insgesamt 1234 Personen. Festgenommen wurden 154 Per- sonen. Die zu bearbeitenden Strafsachen einschl. der von auswärtigen Behörden überwiesenen be- trafen: Raub in 9 Fällen, schweren Diebstahl in 16, einfachen Diebstahl in 194, Sittlichkeitsverbre- chen in 3, Blutschande in 1, Abtreibung in 5, Mord in 7, Unzucht in 1, Mord in 2, Meineid in 10, Falschheid in 3, Betrug in 126, Unter- schlagung in 91, Urkundenfälschung in 11, Kör- perverletzung in 54, Lebensmittelfälschung in 3, Brandverletzung in 12, Bechprellerei in 7, Ver- leumdung in 1, Fahrgewalt in 10, Verbot in 5, Abhaltung von verbotenen Sammlungen in 4, Verkehrsunfälle in 100, Untreue in 7, Entnahme von elektrischer Kraft in 3, Wandergewerbe- Ueber- tretungen in 231, Vergehen gegen das Republik- schutz-Gesetz in 1, Kuppelei in 1, Bethelei in 194, unlauterer Wettbewerb in 3, Widerstandsleistung in 8, Forderungsbefreiung in 6, falsche Anschuldigung in 1, verbotenes Waffentragen in 16, Wucher in 1, Transportgefährdung in 9, Erregung öffentlichen Aergernisses in 6, Schmuggel in 4, Mitternacht in 4, Eidesverletzung in 10, Kraftfahrzeugvergehen in 49, Verursachung von Falschgeld in 23, Be- leidigung in 23, Sachbeschädigung in 35, Jagd- vergehen in 9, verbotenes Fischen in 2, Spreng- stoffverbrechen in 1, Erpressung in 2, Hausfrie- densbruch in 3, Kuppelschrei in 1, Bedrohung in 3, Vergehen gegen die Notverordnung in 5, Hochverrat in 1, und Störung des Gottesdienstes ebenfalls in 1 Falle.

Die Zahl der im Polizeigefängnis eingeliefer- ten Personen stieg gegen 1930 um 32. Es wur- den untergebracht wegen: Obdachlosigkeit 2034, Strafverbüßung 76, Mordverdacht 1, Fundum- terfischung 2, Bethelei 107, Gewerbetreibertretung 11, Trunkenheit 38, Diebstahl 12, Ruhestörung

und Unfuges 21, Vorlage eines Haftbefehls 3, Entweichens aus der Anstalt 22, Entweichens aus dem Elternhause 1, Sachbeschädigung 4, Bechprel- lerei 1, Meineides 1, Betrugs 3, Blutschande 1, Verführung zum Verbrechen 1, Schmuggels 2, zwecks Personalfeststellung 8, wegen Umhertrei- bens 2, Waffentragens 3, Beleidigung 1, Haus- friedensbruchs 1, Transportgefährdung 2, tätli- chen Angriffs 1, Erregung öffentlichen Aergernis- ses 2, Fahrgewalts 1, Kuppelei 1, Raubes 1, Bedrohung 1, Vorlage eines Stadtbefehls 4, zur eigenen Sicherheit 6, zusammen also 2375. Da- von wurden 145 Personen dem Gericht zugeführt.

Das Polizeiverwaltungsgeheß vom 1. Juni 1931 brachte für die Polizeibehörden wesentliche Be- stimmungen bezügl. der Rechtsgrundlagen für die polizeiliche Tätigkeit. Es bezieht sich hauptsächlich auf die Maßnahmen der Polizeibehörden gegen- über dem Publikum und auf die Rechtsmittel des Publikums gegen diese Maßnahmen. Besonders wichtig sind die Bestimmungen über die Polizei- verordnungen, die polizeilichen Strafverfügungen und die sonstigen Anordnungen der Polizeibehör- den. Das Publikum soll mehr als bisher durch er- zieherische Maßnahmen gelinderer Art als Be- strafungen zur Beachtung gesetzlicher Vorschriften gebracht werden. Durch das neue Gesetz erfährt die Behandlung der polizeilichen Strafverfügungen eine wesentliche Aenderung. Bisher gab es gegen die polizeilichen Strafverfügungen nur als Rechts- mittel den Antrag auf gerichtliche Entscheidung. Jetzt gibt es daneben auch die Möglichkeit der Be- schwerde bei der Aufsichtsbehörde. Das jegliche Ver- fahren entlastet die Gerichte erheblich, vermehrt dafür die Verwaltungsarbeit der Polizeibehörden. In Auswirkung dieser Bestimmungen gingen die Anzahl der polizeilichen Strafverfügungen zurück. Ihre Zahl betrug 1 024. Schulstrafverfügungen wurden 34 und Schulverwarnungen 42 erlassen. Weiter wurden 171 allgemeine Verwarnungen und 43 Verwarnungen wegen Nichtreinigung der Straße ausgesprochen.

An Nahrungsmittelproben wurden 25 entnom- men, die der Nahrungsmitteluntersuchungsanstalt in Köln zugesandt wurden. Davon sind 2 Proben beanstandet worden. Es wurden 102 Führungs- zeugnisse, 25 Legitimationskarten und 70 Arbeits- bücher ausgestellt. Nach auswärts wurden 17 und zum Gefangenen-Sammelwagen nach dem Bahn- hof Rierberg 27 Gefangene transportiert. 60 Fälle von ansteckenden Krankheiten sind gemeldet wor- den. Der städtische Krankenwagen wurde in 3 Fäl- len und das Krankenauto von Grubwerk in 7 Fällen in Anspruch genommen.

Die Zahl der Viehhaltenden Haushaltungen be- trug am 1. Dezember 1930: 663 und am 1. De- zember 1931: 562. An Vieh wurden gehalten: 79 Pferde (89), 84 Stück Rindvieh (97), 265 Schafe (188), 63 Schweine (84), 285 Ziegen (218).

Die Feuerwehr wurde im Berichtsjahre zu 6 Bränden gerufen. Außerdem waren Wehrleute bei etwa 20 Kaminbränden und einer Rauchschlaue auf der Uhlstraße tätig. Gelegentlich der Zirkus- und Flugveranstaltungen wurden von der Feuer- wehr Sicherheits- bzw. Abwehrmannschaften ge- stellt. Die Ausrüstung der Wehr wurde in notwen- diger Weise ergänzt. Oberbrandmeister Breuer nahm im November 1931 an einem einwöchigen Kursus für Feuerwehrführer bei der Provinzial- feuerwehrfachschule in Koblenz teil.

Bauamt:

Straßen- und Wegebau:

Die Bergerstraße von der Rheinstraße bis zur Falkenflurallee und der Palmersdorferweg vom Palmersdorferhof bis zum Schloß Falkenflur sind unter Verwendung vorhandenen Steinmaterials in einer Breite von 4,50 m gepflastert worden. Die Gesamtlänge beträgt rd. 1 700 m. Das zur Erbreiterung der genannten Wege notwendige Ge- lände wurde seitens der Erben Wiesler im Aus- tausch erworben.

Die Stadt beteiligte sich an den Kosten eines neuen Zufahrtsweges von der Tiergartenstraße zur Seewertheimstraße.

Dank der in den letzten Jahren vorgenommenen Umbauten befinden sich die städtischen Straßen mit geringen Ausnahmen in sehr gutem Zustande. Dies ermöglichte Einsparungen an den für die Instandhaltung der Straßen im Haushalt bereit gestellten Mitteln. Andererseits zwang auch die an- gespannte wirtschaftliche Lage zur Drosselung al- ler nicht unumgänglich notwendiger Ausgaben, um die Einsparungen für andere zwangsläufige Mehrausgaben bereit zu halten. Vorgelegene Ver- besserungen an Fahrbahnen und Bürgersteigen mußten deshalb zurückgestellt werden.

Nach weiteren während des Berichtsjahres zwis- schen Provinz, Kreis und den beteiligten Gemein- den gepflogenen Verhandlungen über die Ueber- nahme der Römerstraße auf die Provinz wurde eine Einigung erzielt, die sich in der Hauptsache auf Beiträge zu einer Neudeckung der Straße und kleinere Verbesserungen erstreckte. Die Provinz hat der Stadt nunmehr den Uebernahmevertrag vor- gelegt.

Kanäle:

Wesentliche Erweiterungen des Kanalsystems la- men nicht vor, auch hier beschränkten sich die Ar- beiten auf die Instandhaltung der Kanäle und der Kläranlage.

Die bereits im Verwaltungsbericht 1930 er- wähnte Entwässerungsanlage der Wilhelm-, Lan-

genader-, Franz-, Comes- und Rheinstraße wurde fertiggestellt und am 1. Juni dem Betrieb überge- ben. Am 5. und 6. August fielen 2 außerordentlich starke wolkenbruchartige Regen, die stürften seit 30 Jahren. Durch die kurz vorher niedergegange- nen Regenmengen hatten Erde und Luft hohe Feuchtigkeitsgrade und die Versickerung war fast ganz aufgehoben. Infolgedessen ergossen sich bei den genannten Regenfällen, insbesondere bei letz- terem große Wassermengen vom Vorgebirge zur Stadt, an mehreren Stellen die Straße zeitweise überflutend. Die Bahnunterführung der Comes- und Rheinstraße, die früher schon bei geringen Re- genfällen hundentlang unter Wasser stand, blieb infolge der neuen Kanäle vollkommen trocken, wäh- rend die Bahnunterführung der Kölnstraße, aller- dings unter den geschickerten außerordentlichen Regenmengen, 2,50 m hoch unter Wasser stand und den Verkehr 6 Stunden lang vollkommen unter- band.

Städtischer Hochbau:

Die mit den sog. verbilligten Mitteln des zu- fälligen Wohnungsprogramms des Reiches im Bau begriffenen Häuser am Donnerbach wurden fertiggestellt und am 1. Juli bezogen. Die Bau- kosten einschl. Bauhand- und Straßenbaukosten be- trugen rd. 110 000 RM. Geschaffen wurden 8 Drei- und 16 Zweiraumwohnungen.

Die Unterhaltung der rd. 500 städt. Mietwoh- nungen war normal.

Privater Wohnungsbau:

Es wurden 11 Neubauten errichtet, die zusam- men 14 Wohnungen enthalten. Unter den Häu- sern sind 3, die mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gebaut wurden.

Baupolizei:

Genehmigt wurden 62 Baugesuche für kleinere Anlagen, 46 für kleinere Um-, An- und Ausbaun- gen, 9 für Garagen, 5 für Schaufensteranlagen und 11 für Geschäfts- und Wohnungsneubauten.

Müllabfuhr:

Der Vertrag über die Müllabfuhr lief am 1. 4. 1932 ab. Durch Neuausschreibung wurde sie dem bisherigen Unternehmer, als dem Mindest- fordernden wieder übertragen.

Friedhofswesen:

Die Zahl der Beerdigungen betrug 104, dar- unter 11 nicht Ortsanässiger.

Städtischer Grundbesitz:

Die Stadt erwarb das Haus Augusta-Viktoria- straße 12 zur Sicherung der darauf ruhenden Hauszinssteuerlasten.

Der Geländeaustausch zwischen der Stadt und der Köln-Bonner Eisenbahn, entstanden aus dem Bau der Vorgebirgsbahn, wurde abgeschlossen.

Gesundheitszustand:

Auskunft über den Gesundheitszustand der Be- völkerung geben z. B. mangels einer zulässigen Krankheitsstatistik nur die Sterblichkeitszahlen.

Der Gesundheitszustand einer Stadt ist u. a. wesentlich von den Erfolgen der technischen Betrie- be eines Gemeinwesens abhängig. Einwandfreie Trinkwasserversorgung, restlose Abführung des menschlichen Ausscheidungsstoffes zugleich mit den Sal- tungsausscheidungen durch Kanäle, Beseitigung des Hausmülls und Straßeneinrichts, Reinhaltung der Straßen, nicht zuletzt auch die Sorge für den Wohnungsbedarf tragen in hohem Maße zur He- lung und Erhaltung des Gesundheitszustandes bei. Daß auf diesem Gebiete, besonders im letzten Jahrzehnt nichts vernachlässigt wurde, zeigt die nach- stehende Zusammenstellung der Bevölkerungsbe- wegung der Vor- und Nachkriegszeit. Sie zeigt, daß unsere Stadt z. B. gegenüber der benachbar- ten Großstadt Köln eine um 10 v. H. geringere Sterblichkeit aufweist. Die Zahl der Sterbefälle sank in Brühl seit 1900 von 21,2 Prozent auf 8,9 Prozent, d. h. 1900 kamen auf je 1000 Ein- wohner rd. 21 Sterbefälle, während es im Jahre 1931 nur noch rd. 9 auf je 1000 Einwohner wa- ren.

Die entsprechenden Zahlen lauten für Köln rd. 23 und 10.

(Fortsetzung folgt).

Polizeiverordnung betr. Straßenreinigung in der Stadt Brühl

Wir verweisen auf die in der heutigen Ausgabe veröffentlichte Polizeiverordnung betr. Straßen- reinigung in der Stadt Brühl. Diese tritt mit dem 17. d. M. in Kraft. Die Bestimmungen dieser neuen Polizeiverordnung gegenüber der bisherigen Verordnung sind in einigen Punkten wesentlich geändert. So ist z. B. jetzt die Straßenreinigung 3mal wöchentlich vorgeschrieben und zwar Mont- tags, Mittwochs und Samstags vorm. von 8 bis 11 Uhr für den ganzen Stadtbezirk. Der zusam- mengesetzte Straßengericht bleibt auch nicht mehr wie bisher auf der Straße liegen, sondern ist von den Reinigungspflichtigen von der Straße zu ent- fernen. Der Bericht soll in die Müllgefäße ge- bracht werden und wird zusammen mit dem Haus- müll abgeholt. Es ist zur Vermeidung von Un- zuträglichkeiten und zur Verhütung von Bestra- fungen wegen Nichtausführung der Reinigungs- pflicht ratam, sich die neuen Bestimmungen ge- hend durchzulesen.

Sod sprach also im Sinne meines Vaters mit ihm, aber es wäre besser gewesen, ich hätte es nicht getan. Während Ihr Vater sonst ein durchaus einfaches und lieber gekannter Mann war, war er in bezug auf seine Todter Geantthe von einem wahren Hochmüthsstachel befallen. Diele, die in allen möglichen Umständen antwortet worden war, hatte es sich in den Kopf gesetzt, einen Theligen zu hateren; in dem Augenblicke dieses bieler Sorte eine ganze Menge in dem Saale Ihres Vaters und mein alter Freund Gienhal hatte deshalb für meine Berührung nur ein verächtliches Lächeln. Umsonst stellte ich ihm vor, daß mein Meile ein stattdiger junger Mann sei, der keine Todter antreißig liehe, und daß er als mein Nachfolger in der Lage sein würde, ihr eine glänzende Zukunft zu bieten. Umsonst stellte ich ihm vor, daß jene Todter doch unmöglich einen von den unwürdigen „Heffern“ Wäßen seines Hauses wirklich lieben könne und daß doch keine andere vernünftige Begründung sie von dem Abkündnis mit meinem Meile trenne. Der Alte blieb meinem Vorstellunen gegenwärtig treue. Der Alte blieb meinem Vorstellunen gegenwärtig treue. Der Alte blieb meinem Vorstellunen gegenwärtig treue.

So blieb mir nichts anderes übrig, als meinem Meile eine sehr vernünftige Ratur; er konnte das Schicksal seiner Todter nungen nicht vermeiden; er mochte mich länger hier in Gamsburg bleiben, wo alles ihn an das, was er sich erinnerte, belehren sollte; er vermochte es nicht mehr, eine Lust mit dem Leben zu finden, das in verlebtem Geringe kein Vergnügen für so viele treue Liebe hatte, und so ging er eines Tages ins Ausland, um eine überseitside Berrettung nach Afrika zu übernehmen.“

„Sie können sich denken, mein junger Freund, wie ich nach einer Pause fort, daß die Sache mit sehr zu begreifend. Schloß war mir nicht nur als Sohn meiner Schwester sehr aus der Gemüths, es war auch ein tüchtiger Gedächtnis, mein, und mit ihm war mit die Hoffnung gelohnen, mein Unternehmen nach meinem Tode in geeigneten Händen zu wissen. Ich habe bis jetzt noch niemand gefunden, der ich für geeignet gehalten hätte, ihm die Sorge für mein Gedächtnis anzuvertrauen. Ich siehe so ziemlich allein da und habe an der mein Tochter keinen Menschen, der mir nahe verbonnen hätte. Sie können sich auch fernere denken, daß ich die Angelegenheit Ihrem Vater mitgeteilt habe, denn seine Fürsorge hätte doch vielleicht bei einer hochmütigen Tochter etwas ausrichten können. Auf diese Weise aber kam es denn, daß wir langsam unsere Freundschaften und dann unsere gewöhnlichen Beziehungen lösten. Jahre sind darüber hingegangen; mein alter Freund hat das Zeitliche gesegnet und auch mein Bräut ist milder und milder geworden. Darum bin ich dem Hieland dankbar, der uns heute zusammengeführt hat. Vielleicht kann ich mit dem Sohne meines alten Freundes die Freundschaft da fortsetzen, wo sie einst abgerissen ist.“

Und er reichte Etich in tiefer Stille den Hand, die bievor in herzlichster Erregung egriff und warm drückte.

„Mein lieber Herr Schloß, Sie kommen mir mit so viel Güte entgegen, daß ich gar nicht weiß, womit ich das vorstehende hohe womit ich das verdienen soll!“

„Ich habe auch davon gehört, viel öfter aber nicht mit mich freuen, wenn Sie meinen Rat in Anspruch nehmen wollten.“

Erst als er auf, wie von einer fahrenden Raft befreit, al-
 es dieses Anerbieten hörte, „Ich werde Ihnen stets dank-
 bar sein, und wenn ich Sie nicht so sehr damit in An-
 spruch nehmen, möchte ich Ihnen gleich einen kleinen Umtrieb
 der Confiance geben.“

„Sätere werthen Sie mit daß alles jagen“ bedeutete ihm, „Augenblicklich sind wir nicht mehr allein. Gehaltete Sie, daß ich Sie meiner Todter Erbschaft vorstelle.“

(Fortsetzung folgt)

„Gedankt, Herrling, und sage mit frohem Lachen weiter: „Was ist denn das?“
 heim: „Ich weiß, denn ich mein Unglück zu verdanken habe, ich glaube es zu wissen, und die Gölle wird den Schurken fluchen, den Gräber meines Bruders. Sagst, Ihr es, daß Euer Bruder, mein Bruder, gehen abends hat betrunken war, wißt Ihr das?“
 In d'glimm's Blauen leuchtete es unbarmh'ig, sein Gesicht verzerrte sich und sein Mund stieß schneiler in den Dornen. — Die Straße flumbe hatte geschlagen. — Als er nicht antwortete, sah der Pfaffen her fort: „Mein Freund hat Euren Bruder gesagt est Ihr, als ich eben zu Bett gegangen war, vor dem Kamine stehen, der Gedachte und der Stauer haben es ebenmal gehört wie Ihr, noch Eurer Bruder sagte, als er von Emd' ging in seinem Brautkleid, „Glaas“, rief st'glimm's mit wohlwollender Stimme, „Glaas, mach' mehrere Gräber nicht unglücklich“, „An den Gassen soll er“, rief der Pfaffen, „und Ihr kommt in dem Gerter, wenn Ihr sagt, mett' Gnad'ler, und Ihr woll'“

Agathelein war sich dessen wohl bewußt, daß das Streben zu ethischer Höhe bei dieser Stimme in seiner Hand lag. Sie seufzte noch, als der Bescheid noch zu erheben war, und fühlte die Schlinge um den Hals so fest, daß sie nicht mehr zu lösen vermochte. „Aber ich habe keine Zeit, ich habe keine Zeit“, rief sie, während sie sich zu erheben suchte. „Aber ich habe keine Zeit, ich habe keine Zeit“, rief sie, während sie sich zu erheben suchte. „Aber ich habe keine Zeit, ich habe keine Zeit“, rief sie, während sie sich zu erheben suchte.

„Gewandte müßte der Himmel! — Wie schlingend hochsteht die weiße
fester Angst an, „Sch — ich hab doch, daß sturms gestirnte brant
bedacht hielt ich es für unnötig, ihm —“ „So, Ihr hab, daß der
gestirnte brant Ma, das gestirnte wird sich finden.“ Damit ließ der
Müller hastig hinaus — „Mitteln lagte keine eigene Schläge
heit und darüber, daß dem armen Brüber so geschickte eine ispre
liche Halle gestellt war, laut auf.
Gewandte in diesem Augenblick trat Kurt, der des Müllers lau
„Stimme in keinem Zimmer gehört hatte, erwartungsoll bereit
„Was gibst du lachen?“ fragte er. Wie ein ertrappter Dieb erschro
„Mitteln über diese Frage und sein störrisches Gesicht nahm eine
hervorstechender Stimme. „Sch lachte laut — nur über meine
dümmen Gedanken, — nur, um —“

[illegible][illegible][illegible][illegible]